

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1926

39 (25.9.1926)

Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: **W. Lacroix, Heidelberg**, Schillerstr. 23. Fernruf 540. Abſchluß: **Mittwoch 12 Uhr**. Erscheint **Samstags**. Anzeigen: Die 5-gesp., 38 mm breite mm-Zeile Mk. 0.20, Chiffregeb. Mk. 1.—, Beilagen u. Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: **Monatlich 60 Pf.** einschließl. Bestellgeb. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung **Konkordia** in **Bühl (Baden)** zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die **Badische Beamten Genossenschaftsbank Postsparkonto 1400 Karlsruhe** auf Bankkonto des **V. L. B. D.** 70. Geldsendungen an das **Lehrerheim** nur an „Lehrerheim Bad Freyersbach, Geschäftsstelle Offenburg, Postsparkonto Nr. 75843 Karlsruhe.“

Anzeigen-Ausnahme und Druck: **Konkordia A.-G.** für Druck und Verlag, **Bühl (Baden)**. Direktor **W. Beyer**. Telefon 131. Postsparkonto 237 Amt Karlsruhe

39.

Bühl, Samstag, den 25. September 1926.

64. Jahrg.

Inhalt: Badischer Lehrerverein. — Danzigs Befoldungspolitik. — Immer wieder: Soziallohn. — Volksschule und höhere Schule. — Bericht über die Erste Versammlung der Deutschen Sprach- u. Stimmheilkunde. — Anton Auerperg u. das österreichische Konkordat. — Aus Helgolands Geschichte. — Bericht über die Vorstandssitzung am 18. und 19. September 1926 in Freyersbach. — Rundschau. — Aus den Vereinen. — Verschiedenes. — Bücherschau. — Briefkasten. — Vereinstage. — Anzeigen.

Badischer Lehrerverein.

Am 31. August ging mit scheidender Abendsonne unser lieber Freund und treuer Ekkehardt

GOTTLOB HERRIGEL

in Heidelberg aus dem Leben. Allen, die auch nur ein Jahrzehnt der letzten badischen Vereinsgeschichte miterlebt hatten, ist diese feine Lehrergestalt bekannt. Was er seiner näheren Kollegschaft durch seine schlichte und natürliche, alles verstehende, überall helfende Güte war, ruht in deren Herzen in treuem Gedenken.

Der Badische Lehrerverein aber begräbt mit ihm einen der Kämpfer aus schulpolitisch großer Zeit. Der 1850 Geborene erlebte im Vollgefühl der Jugendkraft die Geburtsstunde der

Badischen Simultanschule

die Erfüllung eines Traumes voll Sehnen und Hoffen, umwoben von dem Glanze der Einigung Deutschlands. Von früh an bestand ihm im Kreise Gleichgesinnter das Leben im Ringen um eine freie Schule und einen freien, geistig hochstehenden Lehrerstand. An der Gründung des

Badischen Lehrervereins

nahm er regen Anteil und stellte sich in dessen Veranstaltungen seinen Kollegen gerne zur Verfügung. Ihm war klar, daß die standespolitischen Kämpfe ihre Ergänzung finden mußten im ernstesten Streben nach Fortbildung, und die historische Entwicklung der Lehrerbildungsfrage bis zum heutigen Postulat der Hochschulbildung gab ihm recht.

Lange Jahre hat er als Schriftleiter unserer Badischen Schulzeitung dem Verein im engsten Kreise des Vorstandes gedient, und was ihn dabei besonders auszeichnete, war die unverrückbare Treue zu der von ihm zu vertretenden Sache und zu den die Fahne des Vereins vorantragenden Männern. Sein Glauben an die Entwicklung des deutschen und des badischen Bildungswesens war, je mehr Enttäuschungen wir von Parteien und politischer Führung in Jahrzehnten erleben mußten, immer stärker auf die innere Geschlossenheit des eigenen Berufsstandes begründet, und seine stete Mahnung an Junge und Alte hieß: **Einigkeit**. Daß sein Leben nach des Psalmisten Wort „köstlich“ gewesen ist — denn es war Mühe und Arbeit — entsprach seiner natürlichen Veranlagung. Nun ruht seine Asche in kühler Erde. Sein Andenken aber wird im Segen bleiben bei uns allen.

Heidelberg, den 18. September 1926.

Der Vorstand:

*Osk. Hoffheinz. Heinrich Wintermantel. Alfred Raupp. Wilhelm Lacroix. Karl Schaeffner.
Ruppert Geiger. Ludwig Gertis. Wilhelm Graf. Christian Schüssler. Martin Schütz.
Adolf Widmann. Max Woffarth.*

Danzigs Befoldungspolitik.

Wie die meisten der mitteleuropäischen Staaten, so hat auch Danzig seine Wirtschaftskrise, die noch verschärft wird durch Umstände, worauf es keinen Einfluß hat: seine Lage zwischen zwei sich wirtschaftlich befehdenden Staaten, Deutschland und Polen, seine ihm aufgezwungene wirtschaftliche Bindung an Polen trotz seiner staatlichen Selbständigkeit und seine teilweise finanzielle Abhängigkeit von Polen infolge der Danzig-polnischen Zollunion. So konnte auch die zweite Inflation Polens nicht ohne Wirkung auf Danzig bleiben und zeigte sich in beträchtlichen Verlusten der Danziger Wirtschaft an polnischen Geschäften, in Rückgang der Ausfuhr und in steigender Arbeitslosigkeit. Während der Anteil Danzigs an den polnischen Zolleinnahmen im Vorjahre noch 21 Millionen Gulden betrug, ist er im laufenden Jahre auf acht Millionen zurückgegangen. So ist es kein Wunder, daß trotz der bisherigen Ordnung in den Staatsfinanzen in diesem Jahre 15 Millionen Gulden im Danziger Staatsäckel fehlen. Polen will Danzigs Anteil an den Danzig-polnischen Zolleinnahmen, die die zugeleiteten Sätze bei weitem übersteigen, gutwillig nicht heraufsetzen, und so sah sich der Senat genötigt, die Hilfe des Völkerbundes anzurufen. Die Währung Danzigs ist gesichert und bedeutet nach dem Urteil Sachverständiger einen vollen Erfolg für Danzig.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat sich nun bereit erklärt, Danzig eine Anleihe für verbundene Anlagen zu beschaffen, wenn es durch einen Nachtragsetat seinen Haushalt um 10 % herabsetzt; ferner schlägt es eine Verwaltungsreform und Verhandlungen mit Polen zwecks Neuverteilung des Zollverteilungsschlüssels vor. Eine Einigung in dieser Frage dürfte nach den bisherigen Erfahrungen zum mindesten in weiter Ferne liegen, zumal Polen bei jedem Entgegenkommen einen gewissen Einfluß auf interne Danziger Verhältnisse zu erlangen sucht und es diesmal auf ganz bestimmte Disziplinarrechte über die Danziger Zollbeamten, die voll und ganz aus dem Danziger Anteil der Zolleinnahmen besoldet werden und Danziger Staatsangehörige sind, abgesehen hat. Eine Vereinfachung der Verwaltung ist, sofern sie nach einem 28 prozentigen Personalabbau in den beiden letzten Jahren und bei schon 9 stündiger Arbeitszeit für die Beamten überhaupt noch nennenswerte Ersparnisse bringen kann, nicht von heute auf morgen gemacht. Gegen einen Abbau der Erwerbslosenfürsorge, die die Berliner Sätze erheblich übersteigt, sträuben sich die Sozialdemokraten, die stärkste Regierungspartei. Ein mäßiger Zuschlag zur Einkommensteuer — etwa 1 v. H. bei Monatseinkommen bis zu 300 Gulden, steigend bis zu 5 v. H. bei Einkommen über 2000 Gulden — ist nach Ansicht der beiden andern Regierungsparteien, Liberalen und Zentrum, für „die Wirtschaft“ untragbar, und so blieb als Prügelknabe nur die Beamtenenschaft übrig, obgleich ein lediger Beamter im Anfangsgehalt der untersten Gruppe trotz neun stündiger Arbeitszeit in seinem Monatseinkommen noch nicht ganz den ledigen ungelerten Staatsarbeiter mit nur achtstündiger Arbeitszeit erreicht. Eine Kürzung der Beamtenegehälter nur in den höchsten Gruppen hätte keine nennenswerten Ersparnisse gebracht, und so machte man ganze Arbeit, indem man bis zu einem Grundgehalt von 226 Gulden monatlich herunterging. (Der Ortszuschlag [Wohnungsgeld] ist in Danzig, das nur eine Ortsklasse kennt, in dem Grundgehalt mit enthalten. (1 Gulden = rd. 0,80 Reichsmark.) Die Kürzung des Grundgehalts beginnt mit 4 v. H., steigt bei 251 Gulden bereits auf 6 v. H. und erreicht bei 781 Gulden mit 10 v. H. den Höchstsatz. Der Danziger Beamtenbund als einzige und einheitliche Berufsorganisation der Beamtenenschaft hat sich mit allen nur möglichen Mitteln gegen jede Gehaltskürzung als einen Eingriff in die durch die Verfassung verbürgten wohlverordneten Rechte der Beamten gestraußt. „Vergebne Müß, vergebens war's gesch'nt!“ Eine nach deutschem Muster aufgezoogene Heße gegen die Beamten hatte gut vorgearbeitet, und die entsprechend inspirierten Finanzfachverständigen des Völkerbundes konnten im entscheidenden Augenblick benützt werden.

Anfangs schien man auf Grund eines vom Senat eingeholten Gutachtens eines namhaften deutschen Rechtslehrers auch in Regierungskreisen eine Gehaltskürzung als verfassungswidrig anzusehen. Später verfiel man auf den Ausweg, sie als eine Änderung des Beamtendienstleistungsgesetzes zu bezeichnen und im Parlament mit einfacher Stimmenmehrheit zu beschließen. Durch die geschickte Taktik, die Behandlung des Sanierungs-

programms mit der des Aufwertungsgesetzes, an dessen Zustandekommen auch die Opposition lebhaft interessiert war, zu verbinden, gelang es, im Volkstag die Kürzung der Gehälter mit 58:52 Stimmen durchzusetzen; denn die Genfer Tagung des Völkerbundes stand vor der Tür, und viel reden wollte man über die Sache nicht.

Neben dem Gehaltsabzug tritt ferner eine Erhöhung der an sich schon hohen Mieten für Dienstwohnungen um 25 v. H. in Kraft, so daß z. B. die Lehrerschaft in ihren drei Gehaltsgruppen um monatlich 34—87 Gulden geschröpft wird.

Wie die Gehälter der aktiven Beamten, so werden auch die Ruhegehälter und die Witwen- und Waisengelder entsprechend gekürzt.

Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft und ist auf 4 Jahre befristet.

Für alle nach dem 1. Oktober 1926 eintretenden Beamten soll eine neue Besoldungsordnung „nach preußischem Muster“ aufgestellt werden. Was das bedeuten soll, vermag noch niemand zu übersehen; denn die bestehende Besoldungsordnung ist seinerzeit ebenfalls nach deutschem Muster aufgebaut worden.

Die Beamtenenschaft wird nun auch das letzte ihr zu Gebote stehende Abwehrmittel benutzen und gegen das Gesetz Klage erheben.

Um nach außen hin nicht tatsächlich die Beamtenenschaft zum alleinigen Träger der Sanierung zu machen, ist den Arbeitern eine Lohnsteuer von 1 v. H. zur Deckung der Erwerbslosenfürsorge auferlegt worden. Auch die freien Berufe tragen zur Ordnung der Finanzen bei und zahlen 3 v. H. Zuschlag zur Einkommensteuer, d. h. 0,3 v. H. des Einkommens, ein Trinkgeld. Also: Beamte: 4—10 v. H., Arbeiter und Angestellte: 1 v. H., „die Wirtschaft“: 0,3 v. H.

Man muß bei den freien Berufen schon in höhere und höchste Einkommen steigen, um durch den Steuerzuschlag eine Leistung nachzuweisen, die der eines unteren Beamten entspricht. Die Belastung zur Sanierung der Finanzen ist gleich bei einem

Monatseinkommen

eines Beamten von:	eines Wirtschaftlers von rund:
226 Gulden	3 000 Gulden
500 „	13 000 „
800 „	25 000 „

Der Präsident des Senats, der einzige Beamte mit 4000 Gulden Gehalt, opfert 400 Gulden monatlich; die 132 natürlichen Personen, die ein höheres Einkommen versteuern, jeder etwa 25—30 Gulden oder etwas mehr.

Dieses Gesetzeswerk steht in allen Ländern, wo deutsches Recht gilt, einzig da. Die Finanzen des Staates durch Kürzung der Beamtenegehälter zu ordnen, ist ein Weg, den bisher nur die Türkei gegangen ist. Die Ansichten des Reichsinnenministers Dr. Kütz und des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold über die Besoldung der Beamten scheint man in Danzig nicht zu kennen.

Immer wieder: Soziallohn.

Der Widerstand gegen die Beforderungsforderungen aller Spitzenverbände richtete sich vor allem gegen den darin geforderten „Einbau“, d. h. in Wahrheit: Abbau der Sozialzulagen. Auf der Deutschen Lehrerversammlung in Danzig wurde von seiten der Vertreter nur deshalb von einer Antragstellung in dieser Frage abgesehen, weil der Vertreter des Deutschen Lehrervereins im Beamtensbund, Eschentscher, unter allgemeiner Zustimmung erklärte, er trete im Namen des Vereins nach wie vor tatkräftig für die Erhaltung der Sozialzuschläge ein, wie dies auch dem Befordungsprogramm des D. L. V. entspreche. Auf dem letzten Bundestage des Deutschen Beamtensbundes hatten die Vertreter des Deutschen Lehrervereins folgenden Antrag gestellt, der zugleich die Meinung des Vereins darstellt: „Die Sozialzuschläge sind nicht als eine Notmaßnahme, als vorübergehende Einrichtung aufzufassen, sie müssen vielmehr ein dauernder Gehaltsanteil bleiben. Mit größtem Nachdruck sind Erziehungsbeihilfen zu fordern, die für alle Kinder gewährt werden müssen, die mangels Ausbildungsgelegenheit am Wohnort des Beamten das Vaterhaus verlassen müssen“. Leider war damals schon dieser Antrag niedergestimmt worden, da die Mehrheit im Beamtensbund offenbar auf anderem Boden steht.

Diese Haltung des Beamtensbunds, die der Mehrheit in allen Teilen des Deutschen Lehrervereins widerspricht, besteht auch

heute unverändert fort. Nur daraus ist die Zustimmung des Beamtenbundes zum Einheitsprogramm der Spitzenverbände vom Frühjahr zu erklären. Anscheinend besteht vorläufig auch keine Aussicht auf eine Wandlung dieser Haltung im Sinne unserer Forderungen. Im geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wurde nämlich diese Frage vor kurzem erneut behandelt. Es lag ein Antrag aus Bayern vor, der folgenden Wortlaut hatte: „Der geschäftsführende Vorstand erklärt, daß er mit der Aufwertung der Frage der Sozialzuschläge in der Erklärung der Spitzenverbände nicht einverstanden ist; er erwartet, daß weitere praktische Folgerungen daraus bis zum nächsten Bundestag nicht gezogen werden“. Dieser Antrag wurde nun überraschenderweise mit allen gegen eine Stimme (wohl die des Antragstellers Eymann, München) abgelehnt. Nach der so bestimmten Erklärung Eschenschäfers in Danzig muß man angesichts dieses Abstimmungsergebnisses wohl annehmen, daß dabei der Vertreter des Deutschen Lehrervereins nicht anwesend war. Unmöglich könnte er gegen den Antrag gestimmt haben.

Die ablehnende Mehrheit begründete ihre Haltung damit, daß die Bestrebungen auf „Einbau“ der Sozialzulagen für Frau und die zwei ersten Kinder in den Grundgehalt durchaus den Richtlinien des Bundesprogramms von 1924 entsprächen. Das kommt auf die Auslegung an. Jedenfalls heißt es im Besoldungsprogramm des Beamtenbundes (III. 1.): „Die Besoldung des Beamten ist nach dem Grundsatz der Leistung zu bemessen. Solange jedoch die finanzielle Not des Reiches die volle Durchführung dieses Grundsatzes nicht zuläßt, ist dem Familienstande sowie besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sozialzulagen können jedoch nur bei Gewährung in gleicher Höhe an die Beamten ohne Unterschied der Besoldungsgruppen anerkannt werden“.

Es ist vielleicht Ansichtssache, ob die finanzielle Not des Reiches heute behoben ist. Durchaus einerlei Meinung aber sind wir alle ohne Zweifel darin, daß unsere Bezahlung so ist, daß sie nur durch die größte finanzielle Not des Staates zu entschuldigen ist. Das betont jede Kundgebung des Beamtenbundes selbst bei jeder Gelegenheit. Warum also die Folgerungen (die Sozialzuschläge) beseitigen, solange unbestritten die Voraussetzung (die ungenügende Gesamtbesoldung) besteht?

Nach wie vor ist uns die Haltung des Beamtenbundes unverständlich und unentschuldigbar.

Man könnte vielleicht meinen, daß die Leistung des D. B. B. aus starrem Doktrinarismus, bloß dem Grundsatz zuliebe, dem reinen Leistungslohn zustrebe. Aber auch dem ist nicht so; denn nicht nur ist überhaupt der Leistungslohn keineswegs so streng „grundsätzlich“ gemeint (Alterszulagen und Aufrückungssystem sollen ja bleiben), sondern sogar dem vorläufigen Programm gegenüber, das die Sozialzuschläge enthält, zeigt der Beamtenbund einen bemerkenswerten Mangel an Folgerichtigkeit. Als Ausnahmen vom Leistungslohn werden nämlich in dem oben mitgeteilten Programmsatz: „Solange die finanzielle Not des Reiches“ seine „volle Durchführung nicht zuläßt“, zwei Dinge genannt: einmal die Frauen- und Kinderzuschläge und zweitens der Ausgleich für „besonders schwierige wirtschaftliche Verhältnisse“. Das sind natürlich die Ortszuschläge. Diese aber sind — obwohl doch ebenfalls dem reinen Leistungslohn widersprechend — im Einheitsprogramm der Spitzenverbände bekanntlich keineswegs zum Abbau empfohlen — im Gegenteil; denn es hieß dort: „Beseitigung des auf der reinen Mietgrundlage aufgebauten Wohnungsgeldzuschußsystems, Wiedereinführung des auch die sonstigen Leuerungsmomente berücksichtigenden Ortszuschlagsystems“.

Ortszuschlag — das ist das Stichwort, bei dem besonders unsere Landkollegen aufhorchen. Sie wissen, was das „Ortszuschlagsystem“ in der Praxis bedeutet, und sie sind unter allen Mitgliedern des Beamtenbundes diejenigen, die weitaus am zahlreichsten in den — letzten Ortsklassen sitzen. Mit gutem Grund haben deshalb besonders die schlesischen und pommerschen Lehrerverbände gerade auch gegen diese Forderung Stellung genommen. Warum hier plötzlich die Vorliebe des Beamtenbundes für etwas, was doch ebenso wie die Sozialzuschläge dem Leistungslohn widerspricht, und was also auch nicht „im Sinne der Richtlinien des Beamtenbundes“ liegt? Auf jeden Fall wird der Außenstehende, nämlich das „nur zahlende Mitglied“, nicht klug aus einer solchen Besoldungspolitik „seines“ Spitzenverbandes. Wenn am 7. bis

9. Oktober in Berlin der 5. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes stattfindet, so erwarten wir auf alle Fälle eine endliche Klärung der Dinge, die hier vorgehen, und erwarten vor allem, daß die Vertreter unseres engeren Verbandes, des Deutschen Lehrervereins, mit aller Entschiedenheit eine solche Klärung erzwingen und diese in die Richtung zu lenken suchen, die allein dem oft und laut ausgesprochenen Willen der überwältigenden Mehrheit der deutschen Lehrerschaft entspricht.

Volksschule und höhere Schule.

Die Frage der Reform des höheren Schulwesens wird seit längerer Zeit erörtert, und eine ausgedehnte Literatur ist darüber entstanden. In Denkschriften haben Regierungen einzelner Länder ihre Auffassungen über die Neugestaltung des Schulwesens niedergelegt, die jeweils wieder Gegenstand der Besprechung und Kritik waren. Von einer Klärung der Frage, die im Kerne eine Besinnung über das Ziel der Bildungsarbeit darstellt, ist man noch weit entfernt.

Obwohl die Volksschule von den Erörterungen zunächst nicht berührt ist, müssen wir Volksschullehrer den Gang mit größtem Interesse verfolgen. Eine Neuorganisation des höheren Schulwesens hat auch für die Volksschule weittragende Folgen. Das Schicksal der Volksschule darf daher bei der Erörterung über die Reform des höheren Schulwesens nicht außer acht bleiben. Da verfassungsmäßig eine organische Ausgestaltung des gesamten Bildungswesens festgelegt ist, darf eine Reform niemals von den Zielen und Interessen eines Zweigs des gesamten Bildungswesens erfolgen; vielmehr muß die Umgestaltung vom Ganzen des Bildungswesens aus gesehen werden. Nun beziehen sich die Auseinandersetzungen hauptsächlich auf die Ziele der Bildungsarbeit und deren Verwirklichung; andere Probleme, wie die der Schülerbewegung zwischen den einzelnen Schularten, der Schülersauslese, des Aufstiegs der Begabten, des Verhältnisses der Schulreformen untereinander treten auffallenderweise gegenüber der Zeit nach der Staatsumwälzung fast ganz in den Hintergrund, und wir sind an diesen Fragen fast ebenso interessiert, wie an denen der zweckmäßigsten Gruppierung des Bildungsgutes.

Der Zudrang zu den höheren Schulen ist in der Nachkriegszeit von Jahr zu Jahr gewachsen. Die Durchbrechung des Reichsgrundschulgesetzes und die allgemeine Aufnahme aus dem 3. Grundschuljahr während zweier Jahre wirkte als Anreiz für den Besuch einer höheren Schule. Das Ausleseverfahren war mangelhaft. Es konnte für den Laien fraglich erscheinen, ob die höhere Schule nach der fast wahllosen Aufnahme noch in der Lage sei, ihr Bildungsziel zu erreichen. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit schien ganz ausgeschlossen.

Für die Volksschule bedeuten diese Erscheinungen eine starke Abwanderung nach der höheren Schule, dann aber auch ein Zurückfluten ungeeigneter Schüler nach kürzerer oder längerer Zeit oder ein vorzeitiges Verlassen der höheren Lehranstalt mit einem lückenhaften Bildungsgang. Anlässlich der Beratung des Voranschlags für die Jahre 1924/25 beschäftigte sich der Landtag etwas eingehender damit. Damals gab der Berichterstatter über den Haushalt des Unterrichtsministeriums, Abg. Rückert, eine Zusammenstellung über die Zahl der die Sekta besuchenden Schüler und die der Abiturienten. Nach seinen Ausführungen (36. Sitzg. v. 4. August 1924; Landtagsber. 1938) erreichten an den: Gymnasien von 701 Schülern 378 das Abitur oder 54 v. H.; an Realgymnasien von 868 Schülern 216 das Abitur oder 28 v. H.; an Oberrealschulen von 1372 Schülern 263 das Abitur oder 20 v. H.

Im Haushaltsausschusse wurde nach dem Bericht die Meinung vertreten, „daß die Anforderungen an die Schüler, insbesondere in den letzten Schuljahren, zu erhöhen wären, und daß eine scharfe Qualitätsauslese stattfinden solle“. Für den Unterrichtsminister Hellpach bildete die ungesunde Zuwanderung ein Problem, das er in der 39. Sitzung vom 6. August 1924 (S. 2134) in die Worte kleidete: „... und wie können wir damit gleichzeitig das Real- und Schulwesen, die Oberrealschule und zum Teil auch das Realgymnasium von dem Ballast all der Massen, die ja selbst nur leiden, wenn man die Ziele so hoch stecken würde wie man müßte, befreien?“

Daß sich in den höheren Lehranstalten infolge des starken Zudrangs eine größere Zahl ungeeigneter Schüler befindet, muß nach

allem als eine unbestrittene Tatsache hingenommen werden. Wie hat sich dies weiter ausgewirkt? Einblicke in die Schülerbewegung an den höheren Schulen können uns die Jahresberichte der Anstalten liefern. Eine kleine Veranschaulichung gibt untenstehende Zusammenstellung, die allerdings infolge Lückenhaftigkeit des Materials unvollständig bleiben mußte.

Anstalt	Stand am Schluß des Schuljahres 1924/25			Stand am Schluß des Schulj. 1925/26		Am Schluß des Schulj. 1925/26	
	Schülerzahl	Davon wurden nicht verlegt	Vorzeitig ausgetr. am Ende des Schulj. (ohne Abiturienten)	Verteile Schüler (mit Abiturienten)	Repetenten	Zahl der Sextaner	Zahl der Abiturienten
Gymnasium Wertheim	157	8	14	138	8	19	11
T'bischofsheim	257	17 ⁽⁴⁾	9	225	13	38	25
" Heidelberg	456	37	29	366	25	50	42
" (Bertold) Freiburg	459	29	40	433	18	48	46
" (Friedrich) "	306	14	9	277	12	25	39
Realgymnasium Ettenheim	182	8	27	190	7	38	8
" Waldshut	260	20	41	190	8	45	14
" m. Realsch. Mannheim	698	48	81	724	30	120	21
" Mannheim I	716	72	63	687	55	125	36
Oberrealschule Schopfheim	208	21	31	159	10	60	8
" (Rotteck) Freiburg	438	26	45	460	12	71	30
" Mannheim	1226	114	140	1254	71	248	25
" Konstanz	552	39	62	520	15	67	31
Realschule Singen	296	16	53 ^{a)}	320	5		
" Kenzingen	134	12	14	103	8		
" Neustadt	104	3	12	110			
" Achern	207	26	27	135	12		
" W'heim-Feudenh.	481	29	20	557	23		
" Raftatt	317	32	29	372	15		
" Bretten	227	14	37	202	3		
" Oberkirch	105	19	14	91	11		
" Radolfzell	127	2	11	143	1		
Realprogymnas. Mosbach	192	17	21	195	7		
" Säckingen	175	24	48	113	7		
Höh.Mäd.-Schule Freiburg	884	43	62	859	18		
" " Mannheim (E. S.)	899	32	144	819	13		
" " Mannheim (III)	493	10	71	468	14		
" " " (L. L. Sch.)	892	29	73	968	22		

Zu a) Ohne die zur Entlassung kommenden Schüler der obersten Klassen.

Für das Jahr 1925 überrascht die hohe Zahl der Repetenten. Sie sinkt 1926. Da es nicht üblich ist, einen Schüler eine Klasse mehr als einmal wiederholen zu lassen, wird sich die für 1926 angegebene Ziffer auf andere Schüler als auf solche, die 1925 repetierten, beziehen. Die Zahlen geben daher zu starken Bedenken Anlaß. Wird die Frage bejaht, daß es sich hier wirklich um ungeeignete Schüler handelt, dann ist deren Mitschleppen vom finanziellen und pädagogischen Standpunkt aus gleich scharf zu verwerfen, denn es stellt einen geistigen Leerlauf dar, der allein schon mit Rücksicht auf die Finanzlage der Länder nicht mehr länger mit angesehen werden könnte. Eines steht außerdem fest: Hier hat das Ausleseverfahren versagt und ist zu verbessern.

Groß ist die Zahl der Schüler, die am Schluß des Schuljahres 1924/25 austraten. Wegzug und sonstige Verhältnisse können hier eine Rolle mitspielen; man wird aber, da es sich um Abgänge zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt handelt, andere Ursachen suchen müssen. Der Eintritt in die Berufslaufbahn, wahrscheinlich auch der weniger erfolgreiche Besuch werden ausschlaggebend gewesen sein.

Diese Ziffern erklären den Unterschied zwischen der Zahl der Sextaner und der Abiturienten. Ein erheblicher Teil der Schülerschaft besucht also die Anstalten (auch die Realschulen) nicht bis zur Absolvierung, sondern verläßt sie vorzeitig. Folgt man den Gedankengängen der Preussischen Denkschrift über die Neu-

ordnung des höheren Schulwesens, nach denen es sich darum handle, Bildungsformen zu schaffen, durch die Menschen besonderer Prägung erzogen werden sollen, die „die verschiedenen Geisteskräfte unserer Vergangenheit in der Tiefe durchlebt haben, und die darum fähig sind, uns wieder zu einem Quellbezug des deutschen Lebens zu führen“, dann ist diese Schülerbewegung das einzige Hindernis zur Verwirklichung dieser hohen Ziele. Es muß weiterhin gefragt werden, ob der Besuch der höheren Schule bei allzufrüher, nicht durch Eintritt in eine bestimmte Berufslaufbahn gerechtfertigten Austritt noch zu begründen ist, und ob nicht andere Schulen die Durchbildung dieser Schüler viel besser übernehmen könnten als die anderen Zielen dienende höhere Lehranstalt.

Demgegenüber besteht zweifellos die Tatsache, daß zahlreiche aus der Volksschule entlassene Schüler, Fachschüler und andere schon im Berufsleben Stehende die Befähigung, den Fleiß und den Willen hätten, sich diese Bildung, die die höhere Schule vermittelt, zu erwerben, daß aber, nachdem der Übergang aus der Grundschule verpaßt ist, Einrichtungen zum Abtritt mit Ausnahme der Aufbauschulen nicht vorhanden sind. Gerade solche Einrichtungen würden verhindern, daß die Volksschule zum Sammelbecken der von anderen Schulen zurückgewiesenen ungeeigneten Schüler würde; sie brächten sie in Verbindung mit dem ganzen Bildungswesen, indem die oberen Volksschuljahre eine Ausmündung nach oben erhielten; sie gäben die Möglichkeit, manchen Schüler, der jetzt bei noch unentwickelten geistigen Fähigkeiten in die höhere Schule eintreten muß, zurückzuhalten.

Die Neugestaltung des höheren Schulwesens kann also, losgelöst von anderen Teilen des Bildungswesens, nicht in die Wege geleitet werden. Voraussetzungen dazu sind allerdings: Regelung des Ausleseverfahrens; Hinausschiebung des Übergangs in die höheren Lehranstalten durch Errichtung von Aufbaunklassen und Aufbauschulen; Schaffung von Einrichtungen, um Begabte, schon im Berufsleben Stehende zur Hochschulreise zu führen; Erleichterung des Besuchs durch Maßnahmen sozialer Art; Maßnahmen der Volksschule selbst, um eine ungesunde Abwanderung zu verhindern.

A. Kimmelman.

Bericht über die Erste Versammlung der Deutschen Sprach- und Stimmheilkunde

am 2. und 3. August in München.

Mit dem Wirken des leider zu früh dahingegangenen Prof. Dr. H. Guhmann, des Schöpfers der Grundlagen der Sprach- und Stimmheilkunde, ist für den Sprachheilunterricht nach der pädagogischen, experimentellen und medizinischen Seite vor drei Jahrzehnten eine neue Zeit angebrochen. Die Schüler Guhmanns hielten Treue in der Verwaltung des Erbes dieses großen Gelehrten, und so wird ihr Hervortreten in der Öffentlichkeit als 1. Versammlung der Deutschen Gesellschaft für Sprach- und Stimmheilkunde ein Markstein in der neueren Geschichte für Sprachheilkunde werden.

1. Die Tagung in München am 2. und 3. August war so gelegt, daß der Nachmittag des ersten Kongrestages von einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses der Gesellschaft für Heilpädagogik und der Deutschen Gesellschaft für Sprach- und Stimmheilkunde ausgefüllt war. Vor dem vollbesetzten Auditorium maximum der Universität — es mögen annähernd 800 Hörer gewesen sein — führte Geheimrat Dr. Mollter, München, die Anwesenden in die neue Theorie des Baues, der Konstruktion und Leistung der vorderen Bauchwand ein. Darnach ist der vordere Abschluß der Bauchhöhle aus mehreren sich kreuzenden Spannungssystemen von Muskeln, Sehnenfäden und wieder Muskeln zusammengesetzt. Je nach der Einstellung der einzelnen Teile kann die Bauchwand entsprechend in verschiedene Funktionen treten. Modelle und Zeichnungen unterstützten den glänzenden Redner und Forscher in dem Bestreben, den Hörer in die Theorie einzuführen, und durch prächtige Lichtbilder, Aufnahmen eines Athleten, erbrachte der Forscher den Beweis, daß sich die von ihm aufgestellte Theorie über die Konstruktion und Leistung der vorderen Bauchwand mit der Praxis deckt.

Der zweite Redner, Prof. Dr. M. Jfferlin, Chefarzt einer Abteilung der Münchener Klinik für Hirnerkrankte, behandelte das Thema: Aphasie und Intelligenz. Er ging vom Historischen aus

mit Berücksichtigung der Lokalisationstheorie und den Befunden der Aphasieforscher Liepmann, Marie und andern, und gab so einen Überblick über die Ergebnisse der neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Aphasie und ihrer Beziehung zur Intelligenz. Die Ansichten sind noch sehr auseinandergehend. Diesem Vortrag brachte ich besonders Interesse entgegen, da ich durch meine Abhandlung über einen Aphasiefall „Krankheitsbild der amnestischen Aphasie mit Alexie, Agraphie und schwachen Spuren von Ataxie“ vor einem Jahrzehnt ebenfalls zur Klärung des Problems beizutragen suchte. Leider konnte damals die von Fachmännern als bedeutungsvoll bewertete Arbeit nicht völlige Ausbeutung erfahren, da beim Tode der aphasischen Dame die Hirnschnitte nicht vorgekommen wurden; denn diese hätten gewiß manche Aufhellung gebracht über den Zusammenhang der in der Abhandlung dargestellten Störungen im Sprechen, Lesen, Schreiben, Denken und Handeln und der durch die Hirnschnitte gefundenen krankhaften Veränderungen des Gehirns.

Im 3. Vortrag behandelte Etmayr, München, die „parallelen Erscheinungen in der Entwicklung von Sprache und Zeichnung auf frühen Stufen“.

Reumann in seiner Abhandlung über die erste Wortbedeutung und Preyer „Seele des Kindes“ haben schon auf die bekannte Erscheinung hingewiesen, daß das Kind in den Anfangsstadien der Sprachentwicklung viele seiner Wörter zur Bezeichnung oft einer Reihe von Bedeutungen verwendet. Preyers Kind bezeichnete mit Quak: Ente, Wasser, zuletzt jede Flüssigkeit. Die parallele Erscheinung in der Entwicklung des sogenannten Malens des Kindes mit Stift wurde an Kinderzeichnungen aus früherer Stufe von normalen Kindern und an Skizzen von Hilfszählern dargestellt. Diese interessanten Vergleiche und Untersuchungen zeigen, „daß der Blick des Primitiven weniger auf Erscheinungsmomente, vielmehr fast ausschließlich auf das Funktionelle und Motorische gerichtet ist“.

Aber Hörstummheit referierte Prof. Radoleczny, München. Er wies auf die verschiedenartigen Krankheitsbilder hin, die unter dem Sammelnamen Hörstummheit bekannt sind. Bei sensorischer Hörstummheit werden die Höreindrücke von dem Leidenden nicht wahrgenommen und bedingen Stummheit. Die Unfähigkeit, Sprachlaute auf akustischem Wege zu wecken, ist bei normalhörenden, nicht schwachsinigen Kindern selten. Kinder, welche an motorischer Hörstummheit leiden, sind meist geistig normal, hören gut und besitzen Sprachverständnis; aber sie verständigen sich bis ins 7. und 8. Jahr hinein durch hinweisende und nachahmende Gebärden. Häufig sind Übergänge, die sich zeigen als Verzögerungen der Sprachentwicklung. Primitive Menschen bleiben ihr ganzes Leben lang sprachungewandt. Radoleczny schlug vor: 1. Qualitative und quantitative Hörprüfung durch Facharzt. 2. Gleichgewichtsprüfung. 3. Prüfung des Sprachverständnisses. 4. Neurologische Prüfung. 5. Veröffentlichung nach 4—5 Jahren, was aus den hörstummen Kindern geworden ist.

Mit 10 Kindern hatte Bachmann, München, in der Abteilung für Sprach- und Stimmstörungen Untersuchungen vorgenommen über angeborene Leseschwäche. Kongenitale Wortblindheit ist eine rein assoziative Störung und zeigt sich bei Kindern mit unternormaler bis normaler Intelligenz.

Im Anschluß daran erläuterte Schnell, Budapest an Hand sorgfältig ausgearbeiteter Tabellen die Resultate vergleichender Untersuchungen über die Entwicklung der Lesegewandtheit der Normalen, Blinden, Taubstummen und Deblen.

Den Schluß des 1. Verhandlungstages bildete der Vortrag von Hoffmann, München. Er berichtete über die Ergebnisse der tachistoskopischen Leserversuche an Volksschülern aller Altersstufen und beiderlei Geschlechts, wobei die tabellarischen Übersichten sowohl für das bessere Verständnis des Hörers wie auch dem Redner mit seiner schwachen Stimme wesentliche Dienste leisteten.

Am Vormittag des 3. Augusts fand eine Geschäftsitzung statt. Der Rest des Vormittags blieb frei zum Besuche des Kongresses für Heilpädagogik. Am Nachmittage setzte die Deutsche Gesellschaft für Sprach- und Stimmheilkunde ihre Tagung in einem kleineren Hörsaal fort. Es mochten immerhin 150 Teilnehmer gewesen sein. Nach den Begrüßungen durch Flatau, Berlin, und Stern, Wien, referierte Privatdoz. Dr. K. Huber, München, über Vokaltheorie. Nach Hervorhebung des Gegensatzes der Helmholtzschen und Hermannschen Theorie ging er über auf die in dem letzten Jahrzehnt angewandten neueren Verfahren mit verfeinerter psycho-

logischer Analyse und berichtete über die Ergebnisse der experimentellen Untersuchung der Sprachlaute. Die angewandten Methoden der akustischen Vokaluntersuchung gruppiert der Vortragende in phänominale Analyse der Vokalqualitäten und experimentelle Methoden. Bei der Analyse der Klänge durchs Ohr wurden angewendet: 1. Abhörmethode (Subjektive Vokalanalyse, Analyse durch Resonanz, Analyse durch Interferenz). 2. Registriermethode (Registriermethode der Gesamtwelle, Zerlegungsverfahren durch Cartens harmonischen Analysator, Stroboskopische Zerlegung). Die Synthese der Vokale gruppiert er in: Harmonische (Helmholtz, Miller, Stumpf) und nichtharmonische Synthese, wobei das Jaensche Verfahren und die Vokalnachahmungen (Guthmann, Garten, ter Kille) Bedeutung erlangt haben. Die Ergebnisse der harmonischen Synthese sind ausgezeichnet: Die Zusammensetzung der Teiltöne zu klaren Vokalen ist gelungen. Die neueren Forschungen erstrecken sich auf die Natur der Vokale als Phänomene und ihr Verhältnis zu den Klängen, Geräuschen und Klangfarben. Hierbei tritt die Frage nach der physiologischen Entstehung der Vokale zurück. Die Frage nach der Erzeugung der Vokale beim Sprechen, Flüstern und Singen ist keineswegs völlig geklärt. Die neuesten Untersuchungen sprechen in mancher Hinsicht für eine Verbindung der Helmholtzschen und Hermannschen Theorie.

Universitätsprofessor Schilling, Freiburg, berichtete über den „Mechanismus der Pharynxstimme“. Er gruppierte die kehlkopflösen Sprecher in 2 Abteilungen: 1. Der Verschluss der Kanäle beeinflusst die Pseudostimme nicht. 2. Die Pseudostimme wird durch Verschließen des Rohres verändert. An Lichtbildern wurde gezeigt, wie der Stimmkörper durch Zunge und Gaumen gebildet und wie die Luft im Magen zur Mitwirkung herangezogen wird. Durch Schluckbewegungen gelangt Luft durch die Speiseröhre in den Magen, und durch das Zwerchfell wird sie hinausgepreßt. Die Magenblase stellt also den Luftkessel dar, während die Pseudoglottis im Mundraume liegt.

Der Vortrag von Prof. Stern, Wien, über „die gegenwärtigen Beziehungen von Stimmlippenmechanismus und Resonanzfrage“ hatte für Gesangspädagogen besonderes Interesse. Die primitivste Stimmbildung ist Fistelstimme. Die Falschstimme gibt die Grundlage der guten Stimm- bzw. Tonbildung; doch warnt der Redner vor Übertreibung bei der Übung. Der Grundgedanke des Vortrages liegt in dem Satz: „Zur Lösung einer richtigen Stimmbildung gehören Stimmlippenfunktion und Resonanzfrage zusammen und müssen in gleicher Weise Berücksichtigung erfahren, damit in stimmphysiologischer, hygienischer und kunstästhetischer Hinsicht das beste Ergebnis erzielt werden kann“.

Wethlo, Berlin, berichtete über Untersuchungen „zur Beurteilung der eigenen Stimmstärke“. Hierbei spielen 2 Punkte eine bedeutungsvolle Rolle: Tonhöhe und Stärke. Ohr und Muskelsinn dienen als Helfer, bzw. Kontrolleur, wobei das Gehör für die Stimmstärke nicht zuverlässige Sicherheit bietet. Bei den Untersuchungsreihen stellte er 3 Grade auf (schwach, mittel, stark), die sich die Versuchspersonen vorstellen mußten. Die Versuche mit dem Druckmesser stellen eine mangelhafte Methode dar. Guthmanns Verfahren ist bis jetzt als die beste Methode anzusehen. Der Schwerhörige wird meist viel zu stark oder zu schwach sprechen, weil eben der Kontrolleur versagt. Der von Wethlo gebaute Stimmstärkemesser für Schwerhörige zeigt keine günstigen Resultate, weil er bei verschiedener Tonhöhe verschieden wirkt; auch der von Wethlo konstruierte Windmesser funktioniert nur gut und sicher bei o; für a ist er nicht zuverlässig.

„Über Sprechstimmchwäche“ referierte Imhofer, Prag. Er bezeichnet Phonaesthenie als Schülerkrankheit, über deren Wesen und Heilung eine gewisse Klarheit besteht; dagegen habe man bisher der Redeasthenie zu wenig Beachtung geschenkt. Er berichtet von 36 Fällen: 21 Lehrer, 9 Schauspieler, 2 Prediger, 1 Mittelschullehrer, 3 Sonstige. Als Ursache der hohen Ziffer glaubt der Redner in der beruflichen Anspruchnahme des Volksschullehrers im Singen und Sprechen gefunden zu haben; das zeige die niedrige Zahl der Mittelschullehrer, die meist nur in einem Fache zu unterrichten haben. Unter den Schauspielern ist der Regisseur stark belastet. Der stete Wechsel von Sprechen und Kommandieren sei die Ursache der Erkrankung. Unter den subjektiven Symptomen hebt er hervor: Ermüdungsgefühl, Schmerzgefühl, Heiserkeit. Das Charakteristische dieser Erkrankung ist, daß sie nur im Berufe auftritt, während beim Sprechen außerhalb der Berufsarbeit keine Beschwerden sich zeigen. Die therapeutischen Maßnahmen (Wärme,

Solkslampe, Kochsalzwäsungen nach Stern, Stimmgymnastik) bringen wohl Linderung, aber nicht immer Heilung. Die Prognose ist ungünstig, weil die Behandlung meist zu kurz ist. Der Redner empfiehlt, daß vor allem in den Lehrerbildungsanstalten Rhetorik nicht nur in Vorträgen gelehrt, sondern durch praktische Arbeit und Befähigung die angehenden Lehrer zu richtigem Sprechen angeleitet werden sollen. Des Redners Vorschlag, daß intelligente Schauspieler als Lehrer der Rhetorik besonders hierzu geeignet wären, fand Widerspruch.

„Mutationsstörungen der Stimme bei beiden Geschlechtern“ lautete das Thema von Fellenz, Münster i. W. Ausgehend vom verschiedenen Zeitpunkte des Beginnes der Stimmveränderung von Knaben und Mädchen und den Schwankungen in der Dauer, ging der Redner über auf die physiolog. Veränderungen des Stimmorgans beider Geschlechter und wies auf die bekannten Erscheinungen des Stimmwechsels bei Knaben hin, während bei Mädchen die Veränderungen nicht stark nach außen in die Erscheinung treten. Charakteristisch ist das Räuspern der Mädchen, eine geringe Rötung der hintern Rachenwand und verstärkte Schleimabsonderung. Heilung: Verbot des Räusperns und Übungsbehandlung im leisen Sprechen und Singen mit geringem Stimmumfang. Störungen zeigen sich manchmal als Verlängerung der Mutation, indem der Kehlkopf im Wachstum zurückbleibt. Zuletzt wurde noch auf die larvierte Mutation hingewiesen, die meist verschleiert unter dem Namen „Katarthalsche Erscheinung“ bekannt ist. Der Redner erwähnte zum Schluß die elektr. Tonbehandlung, mit welcher sehr gute Erfolge erzielt worden seien, und wünscht öftere Prüfung des Stimmumfangs der Schüler und Schülerinnen, um zur geeigneten Zeit Schonung des Stimmorgans eintreten lassen zu können.

Masjutin, Moskau, zeigte seinen „selbstgebauten Elektrovibrator zur Heilung von Sprach- und Stimmstörungen“ und wies darauf hin, daß durch die Vibrationsmethode geheilt werden: Phonaesthenie, Heiserkeit, Ermüdung des Stimmorgans, Näsels und Ohrenlaufen.

In Anschluß daran berichtete Flatan, Berlin, über: „Ein Fortschritt der stimmgymnastischen Behandlungsmethode“ und erläuterte durch Modell und Zeichnung die Verbesserung seines Apparates und die damit erreichten Vorteile: Luftspende, leichter Anschluß ans elektr. Netz und Abkürzung der Zeit der Behandlung.

Wegen Zeitmangels mußten die Vorträge von H. Guhmann jg., Berlin: „Übung und Gewohnheit bei der Behandlung von Sprachstörungen“, und von Professor Schilling, Freiburg: „Aber die funktionelle Lokalisation des Stotterns“ von der Tagesordnung abgesetzt werden zum Leidwesen der anwesenden Sprachheillehrer. Spät am Abend schloß mit dem Ausdruck des Dankes der Leiter die wohlgelungene Versammlung, die für jeden Teilnehmer neue Anregung brachte und aufs neue Lust und Freude für die schwere Geduldsarbeit auf dem Gebiete des Sprachheilunterrichts weckte.

II. Während des Kongresses war in der Vorhalle der Universität eine Ausstellung für einschlägige Literatur auf dem Gebiete der Heilpädagogik, Sprach- und Stimmstörungen und des Fürsorgewesens.

III. In einem andern Raume waren Apparate aufgestellt, die dem Spracharzt und Sprachheillehrer in seiner Tätigkeit als Wissenschaftler besondere Dienste zu leisten vermögen, und ausgedehnt lag da für den Fachmann eine Fülle von Abbildungen, Kurven und photographischen Aufnahmen, die gleichsam als Produkte praktischer Berufsarbeit und wissenschaftlicher Forschung aufzufassen sind.

Nik. Widmann, Mannheim.

Anton Auerperg und das österreichische Konkordat.

Am 12. September 1926 sind 50 Jahre verflossen, seitdem der österreichische Dichter und Politiker Graf Anton Auerperg, allgemein bekannt unter dem Dichternamen Anastasius Grün, in Graz gestorben ist. Er hat sich nicht nur durch seine vielen dichterischen Schöpfungen einen großen Namen gemacht, sondern er wurde auch bekannt und berühmt durch sein politisches Wirken. So sehen wir ihn 1843 an der Spitze des Krainer Ständelantages, am 15. März 1848 mit seinem Freund Bauernfeld auf seinem vermessenen Wege in die Wiener Hofburg, wo die beiden Dichter die sofortige Zusicherung der Pressfreiheit und einer Konstitution durchsetzten, und im April 1848 befindet er sich als Abgeordneter

seiner Geburtsstadt Laibach in dem Frankfurter Parlament. In den Jahren 1850—60 lebte er still und zurückgezogen auf seinem Gute Thurn am Hart.

Von dem Jahre 1860 ab widmete sich Anton Auerperg vollends der Politik. Zu dieser Zeit wird er mit kaiserlichem Handschreiben in den verstärkten Reichsrat berufen und 1861 zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses ernannt. Hier arbeitete er mit großem Fleiß und treuer Pflichterfüllung für das Wohl seines geliebten Österreichs. Er widmete sich fast sämtlichen politischen Tagesfragen und stellte die ganze Wucht seiner Persönlichkeit in den Dienst seiner politischen Überzeugung. Seine politische Anschauung war von der nationalen und liberalen Idee beherrscht. Beherrschend war bei ihm jederzeit der großdeutsche Gedanke. Scharfe Kämpfe führte er gegen die Klerikalen und gegen den Fortbestand des Konkordats. Er will die Rechte, welche 1855 durch das Konkordat der Kirche zugestanden worden waren, aus dem Schulgesetz entfernen und tritt ein für das Gesetzgebungsrecht des Staates auch in kirchlichen Angelegenheiten. Die Kirche möchte er nicht zu Staatszwecken benutzen, wohl aber den Staat und seine Bürger vor jedem Übergriff der Kirche auf weltliches Gebiet bewahren. Seine klaren Gedanken zum Konkordat wollen wir im folgenden kurz streifen; er fand in einer großzügig gehaltenen Rede gegen den Weiterbestand des Konkordats Worte, welche wir uns in der heutigen Zeit lebhaft in das Gedächtnis zurückrufen müssen.

Zunächst einiges über den Inhalt des Konkordates selbst. Das österreichische Konkordat wurde am 18. August 1855 insbesondere zwischen dem Grafen Leo Thun und dem Erzbischof von Wien, Joseph Othmar von Rauscher mit 36 Artikeln abgeschlossen.

Es lautet nach der deutschen Übersetzung im 2. Artikel, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die Kirche so ziemlich alles für ihre Angelegenheiten hielt:

„Da der römische Papst den Primat der Ehre, wie der Gerichtsbarkeit in der ganzen Kirche nach göttlichem Befehl inne hat, so wird der Wechselverkehr zwischen den Bischöfen, der Geistlichkeit, dem Volke und dem heiligen Stuhle in geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten einer Notwendigkeit, die landesfürstliche Bewilligung nachzusuchen, nicht unterliegen, sondern vollkommen frei sein. Artikel 4. Erzbischöfe und Bischöfe werden die Freiheit haben, alles zu üben, was denselben zur Regierung ihrer Kirchensprengel, laut Erklärung oder Verfügung der heiligen Kirchengesetze gebührt. Art. 5. Der ganze Unterricht der katholischen Jugend wird in allen sowohl öffentlichen als nicht öffentlichen Schulen der Lehre der katholischen Religion angemessen sein; die Bischöfe werden die religiöse Erziehung der Jugend in allen Lehranstalten leiten und sorgsam darüber wachen, daß bei keinem Lehrgegenstande etwas vorkomme, was dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit zuwiderläuft.

Art. 7. In den für die katholische Jugend bestimmten Gymnasien werden überhaupt nur Katholiken zu Professoren oder Lehrern ernannt werden, und der ganze Unterricht wird nach Maßgabe des Gegenstandes dazu geeignet sein, das Geseß des christlichen Lebens dem Herzen einzuprägen. Die geeigneten Lehrbücher werden die Bischöfe festsetzen.

Art. 8. Alle Lehrer der für Katholiken bestimmten Volksschulen werden der kirchlichen Beaufsichtigung unterstehen. Der Glaube und die Sittlichkeit des zum Schullehrer zu Bestellenden muß makellos sein. Wer vom rechten Pfade abirrt, wird von seiner Stelle entfernt werden.

Art. 9. Erzbischöfe, Bischöfe und alle Ordinarien werden die denselben eigene Macht mit vollkommener Freiheit üben, um Bücher, welche der Religion und Sittlichkeit verderblich sind, als verwerflich zu bezeichnen und die Gläubigen von Lesung derselben abzuhalten. Doch auch die Regierung wird durch jedes dem Zwecke entsprechende Mittel verhüten, daß derlei Bücher im Kaiserthume verbreitet werden.

Art. 10, welcher sehr viele Streitigkeiten erregte, lautet: Da alle kirchlichen Rechtsfälle und insbesondere jene, welche den Glauben, die Sakramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, einzig und allein vor das kirchliche Gericht gehören, so wird über dieselben der kirchliche Richter erkennen, und es hat somit dieser auch über die Ehefachen nach Vorschrift der heiligen Kirchengesetze und namentlich der Verordnungen von Trient zu urteilen und nur die bürgerlichen Wirkungen der Ehe an den

weltlichen Richter zu verweisen. Was die Eheverlöbniſſe betrifft, ſo wird die Kirchengewalt über deren Vorhandenſein und ihren Einfluß auf die Begründung von Ehehinderniſſen entſcheiden, und ſich dabei an die Beſtimmungen halten, welche das Konzillium von Trient und das apoſtoliſche Schreiben erlaſſen hat."

Die übrigen Artikel befaſſen ſich zumeiſt mit Kirchengütern, Pfarreien, Orden, biſchöflichen Seminaren, Pfründen, Gerichtsbarkeiten, Rechtsfällen und anderen, weniger bedeutenden Angelegenheiten, welche Staat und Kirche gemeinſam intereſſieren.

Bei ſämtlichen liberal denkenden Patrioten ſtieß dieſes Konkordat aus leicht verſtändlichem Grunde auf ſcharfen Widerſpruch. Inſbeſondere erwieſen ſich die Beſtimmungen des Schulweſens und die Ehegeſetze als ſehr drückend und unpaſſend. Jedoch war an dem Konkordat nicht viel zu ändern; denn es wurde als Geſetz veröffentlicht und mußte als ſolches beſtehen bleiben. Da war es Anaſtaſius Grün, welcher bei vielen Gelegenheiten dieſes Konkordat bekämpfte und auf Aufhebung deſſelben oder auf Verminderung der ſchrofften Beſtimmungen drängte. Die Beſeitigung deſſelben ſollte nach ſeiner Meinung auf dem verfaſſungsgemäßen Wege erfolgen. Es kam daher beſonders in den Jahren 1867 bis 1868 im Parlamente zu vielen Kämpfen. Wohl die berühmteſte Debatte fand am 20. März 1868 in der 24. Sitzung des Herrenhauſes ſtatt. Hier befaßte ſich Anaſtaſius Grün ſehr eingehend mit dem Konkordat. Er errang mit ſeiner großzügig angelegten Rede einen unerhörten Beifallſturm. Dieſer Rede lagen klare, tiefgehende Gedanken zu Grunde, welche wir, der hohen Bedeutung wegen, hier theilweiſe wiedergeben wollen.

Im erſten Teil ſeiner Rede weiſt Graf Auersperg nach, daß dieſes Konkordat ſchon ſeinem Urſprunge nach null und nichtig ſei, weil es nicht auf dem verfaſſungsgemäßen Wege geſchaffen wurde; denn auf Grund eines früher gegebenen Manifeſtes, in welchem von der wahren Freiheit, von der Teilnahme der Volksvertreter an der Geſetzgebung uſw. geſprochen wurde, war keine Regierung zu dieſem Vertragsabſchlusse berechtigt. Es handle ſich nun ſieht vor allen Dingen darum, dem Staate die Geſetzgebung und die Gerichtsbarkeit in Eheſachen zurückzugeben und im Schulweſen, abgesehen vom Religionsunterrichte, auf die Grundzüge einer objektiv didaktiſchen Zweckmäßigkeit zurückzugreifen. Durch das Konkordat entſtand ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Staat und Kirche zur Ausbeutung der gegenseitigen Interellen unter gleichzeitiger gegenseitiger Hilfeleistung. Dieſes Verhältnis hält Anaſtaſius Grün für beide Teile für nachteilig und ſchädlich. Er ſagt: „Der Staat kann nicht handlangender Sakriſtan ſein, und die Kirche kann nicht Konſtabler und Polizeidiener werden. Die Trennung deſſen, was dem Staate und was der Kirche gebührt, die Durchführung des Grundſatzes: Jedem redlich das Seinige! ſtrebt der Rechtsſtaat an, der Rechtsſtaat, der, was ich beſonders betonen möchte, auf den mächtigen Fundamenten des Sittengeſetzes und der Geſittung ruht und ruhen muß."

Er fragt: „Sind die Erfolge des Konkordats auch jene geweſen, die man erwartet hat? Iſt wirklich „die ſittliche Kraft“ ſeither gewachſen und geſtäht worden? Die Adreſſe der Biſchöfe, in welcher dieſelbigen Klagen über den Sittenerfall zu leſen ſind, gibt darauf Antwort“. Iſt das öſterreichiſche Staatsbürgertum gehoben und gekräftigt worden? — Als ich dieſen Vertrag las, beſonders jene Stellen, in welchen aus päpſtlicher Gnade unſerem Landesherrn Rechte zugewandten und Handlungen geſtattet wurden, die er von ſeinen Ahnen ererbt und überhaupt längſt ausgeübt hatte, da empörte ſich denn doch mein patriotiſches Gefühl, und mir kam es vor wie ein gedrucktes Canossa, in welchem das Öſterreich des 19. Jahrhunderts für den Joſephinismus des 18. Jahrhunderts in Sack und Aſche zu büßen hatte. — Der Vertrag iſt heutzutage unhaltbar geworden. Mit der Aufhebung oder Modifizierung des Konkordats iſt die katholiſche Religion noch lange nicht bedrückt oder gefährdet, wenn man bedenkt, daß unter den 200 Millionen Katholiken das Konkordat für beiläufig 17 Millionen gilt und für die andern 183 Millionen nicht gilt, daher unmöglich identiſch ſein kann mit der katholiſchen Religion ſelbſt."

Am Schluß ſeines Vortrages führt Auersperg aus: „Ich habe bereits angedeutet, daß es der Zweck der Geſetze ſei, die endliche volle Freiheit anzubahnen; ich glaube, ein Hilferuf der Kirche an die Staatsgewalt iſt der Kirche nicht würdig und würde nur glauben machen, daß ſie an ihrer eigenen Kraft zweifle, ihre Ohnmacht geſtehe. Die Kirche iſt groß geworden in ihrem Urſprunge nicht mit, ſondern gegen die Staatsgewalt. Auf den Boden, wo ſie

ihre große apoſtoliſche Miſſion allein vollführen kann, auf den ſtelle ſie ſich. Das Leben iſt ernſt und voll dunkler Seiten, ſo daß es Hilfe zu geben, Troſt zu ſpenden, mit Beiſpiel und mit der Lehre voranleuchten, die Fallenden zu erheben und aufzurichten und auf ein beſſeres Jenſeits hinzuweiſen, Anläſſe genug gibt. Wirke ſie auf dieſem Boden aus ihrer vollen Überzeugung, mit ihrer eigenen Kraft, und ſie wird dann wirklich von der Liebe der Gläubigen umgeben ſein und das werden und bleiben, was ſie nach Montalamberts Worte ſein ſoll: eine Mutter.

Dazu braucht ſie aber nicht Vorrechte und Privilegien, die uns irrtümlich als ihre Freiheit geſchildert worden ſind. Die Freiheit für den Staat, geſunde Freiheit für alle Kirchen im Staate, dann wird es für Staat und Kirche von der Freiheit heißen: „In hoc signo vinces“.

Unter dem Eindrucke dieſer Rede kam es am 21. März 1868 zur Annahme der Ehegeſetze, durch welche die bezüglichlichen Beſtimmungen des Konkordats aufgehoben wurden. Es war dies der erſte Schritt zur Aufhebung des geſamten Konkordats überhaupt. Die endgültige Aufhebung geſchah erſt im Jahre 1874. Die Abſtimmung im Wiener Herrenhauſe am 21. März 1868 zeigt uns eine der denkwürdigſten Sitzungen der öſterreichiſchen Kammer. Wie die Chronik berichtet, ließ ſich der damals kranke Grillparzer, welcher ebenfalls Herrenhausmitglied war, zur Abgabe ſeiner Stimme in den Sitzungssaal tragen, und die geſamte Bevölkerung Wiens ſowie anderer Städte Öſterreichs veranſtaltete an dem Tage, da der Erfolg dieſer Abſtimmung bekannt geworden, großartige Kundgebungen. Die Reſidenzſtadt, Graz und andere Städte waren illuminiert. In Wien wurde inſbeſondere dem Grafen Auersperg ein Fackelzug dargebracht; als Held des Tages vom Volk geſeiert, war er damals der populärſte Mann in Öſterreich. Aus allen Gegenden der öſterreichiſchen Monarchie kamen ihm Zuſtimmungsadreſſen und Danksagungen für ſein kühnes Auftreten zu. Die ganze volle Verehrung, welche man dem Dichter Anaſtaſius Grün, dem Staatsmanne Anton Grafen von Auersperg nicht nur in Graz und Wien, ſondern in ganz Öſterreich, ja in allen deutſchen Gauen, entgegenbrachte, zeigte ſich aufs neue am 11. April 1876, dem ſiebzigſten Geburtstag Auerspergs, wo ihm die tauſendſten Huldigungen dargebracht wurden.

Trotz reger Beſchäftigung mit der Politik fand er noch Zeit für ſeine Muſe. So dichtete er drei Jahre vor ſeinem Tode über das Deutſchtum die folgenden ſchönen Worte:

Deutſch ſein heißt: offene Freundesarme
Für alle Menſchheit ausgeſpannt,
Im Herzen doch die ewig warme,
Die einz'ge Liebe: Vaterland!
Deutſch ſein heißt: ſinnen, ringen, ſchaffen,
Gedanken ſä'n, nach Sternen spähn
Und Blumen ziehn, — doch ſtets in Waffen
Für das bedrohte Eigen ſtehn.

Im Zweifel ſtark, im Glauben ſchwächer,
Festhalten, was als wahr erfaßt,
Gebeugtem Recht erſtehn als Rächer,
Zur Tat voll Kraft, doch ohne Haß;
Nicht blind auf ſtolze Größe bauen,
Nur hoch die ehren, die erprobt;
Erſt ſtrenges Prüfen, dann Vertrauen,
Iſt deutſche Weiſe hochgelobt.

Reinhard Grün.

Aus Helgoland's Geſchichte.

Auch Meere haben ihre Geſchichte. Inſeln ſind oft deren Zentren. Ihre Schickſale ſind aber meiſt eng mit dem naheliegenden Feſtland verknüpft. Ungemein vielgeſtaltig und ſeſſelnd iſt das Geſchehen, das ſich auf der Feſtlandinsel in der Nordſee abspielte, die heuer das 100 jährige Beſtehen ihres Seebades feiert.

Jeder Dampfer, der Hamburg oder Bremerhafen verläßt, fährt in Sicht des kleinen Feſtlandes hinaus in das offene Meer. Blauviolett grüßt es herüber, überragt vom hohen, ſchlanken, weißroten Leuchtturm. Nachts zucken deſſen drei bleiche Strahlenbündel über die weiße, ſchwarze Waſſerfläche, ein Licht in der Stärke von 21 Millionen Kerzen, in 35 Kilometer Entfernung die Erde berührend.

Wie von Riesenfaust ins Meer geschleudert, liegt dieser Sandsteinblock da, seit Jahrzehntausenden den nagenden und bohrenden Fluten trotzend. Steinzeitmenschen lebten und jagten auf ihm, da er noch als Tafelberg über seine Umgebung hervorragte, welche von den riesigen Eismassen des Illuviums glatt gehobelt worden war. Wikingerschiffe legten an ihm an, nachdem inzwischen das ganze Gebiet der südlichen Nordsee sich allmählich gesenkt hatte und die Meeresfluten hereingebrochen waren.

Altgermanische Recken sind es, von denen die Geschichte Helgolands zuerst genauer erzählt. Dort war der gemeinsame heilige Rechtsmittelpunkt der friesischen Stämme. Kein Kind durfte auf der Insel getötet werden. Aus der Quelle wurde das Wasser schweigend geschöpft.

Um die Wende des 7. Jahrh. kamen die ersten Missionare auf die Insel. Aber das Christentum fand nur langsam bei den Insulanern Einlaß.

Sehr spärlich berichten die Quellen der folgenden Jahrhunderte. Helgoland scheint erst unter dänischer, dann unter Schleswigs Hoheit gestanden zu sein, unter der es auch bis zum Beginn des 18. Jahrh. verblieb. Wilde Gefellen kamen oft auf die Felseninsel: die Piraten des Claus Störtebecker. Die Zufluchtsstätte wurde ihr Verderben. Die Hamburger Koggen, geführt vom Bürgermeister Simon v. Utrecht, überfielen die Seeräuberscharen. Es war eine der ruhmvollsten Taten der Hansestadt. Alte Volkslieder erzählen von dem drei Tage und drei Nächte langen Kampf, in welchem die Piratenschiffe „Tod und Teufel“, „Brandhege“, „Regermörder“ und „Toller Hund“ vernichtet und 80 Räuber mit Störtebecker gefangen wurden.

Das war Anno domini 1402. Damals war die große Düne, an deren Ende sich die Wittkliff erhob, noch durch einen gewaltigen Steindamm mit der roten Insel verbunden. Die Insulaner ahnten nicht, daß sie mit jeder Heringstonne voll Gips von der Wittkliff, die sie an das Festland für 5 schleswigsche Mark verkauften, der Düne und ihrer eigenen Heimat die Zeit ihres Bestehens abkürzten. Am 1. November 1711 spülte ein wilder Nordwest die letzten Reste des weißen Dünenfelsens hinweg. Jetzt, nachdem der Wellenbrecher verschwunden war — heute erinnern noch die bei Ebbe sich weit in das Meer hinausstreckenden Wittklippen an den Fels —, kam der Steinwall an die Reihe. Auf diesem konnten die Dänen, die 1714 Helgoland dem schleswigschen Besitz entrißen, eine Batterie aufstellen und Ober- und Unterland in Brand schießen. Silvester 1720 erlag er einem wütenden Nordweststurm.

Es muß eine fürchterliche Neujahrnacht gewesen sein. Vierundzwanzig Stunden tobte der Orkan, das Unterland mit allen Häusern und Booten vollständig zerstörend, die Wellen bis zum 50 Meter hohen Oberland hinaufspeischend.

Als die Leute am frühen Neujahrmorgen über die wilde See nach Osten schäumten, brodelte und schoß das Wasser mitten durch eine breite Bresche des zerstörten Walles. Wohl verstopfte man das Loch; aber das Meer brach immer wieder durch. Wie ein ungeduldiger Gläubiger ist das Meer. Wieder und wieder kommt es und holt sich etwas, mahnt drohend an den Rest. Die Bewohner sind ihm nichts schuldig. Seit Jahrtausenden gibt es ihnen Nahrung, seit Jahrtausenden zahlen sie ihm dafür mit ihrem Leben, mit ihrem Gut. Glatte Rechnung ist es! Aber unaufhörlich wäscht und schaufelt das Meer. Der Wind heult immer weiter sein Kampflied.

Wehe der Insel, wenn ein schlechtes Fischjahr war. Manche Hungersnot hat sie schon gesehen. Dann wartete alles mit Sehnsucht auf ein gestrandetes Schiff. Strandungen gehörten zum Geschäft der Hollanners, waren Existenzfragen. Wer macht dem Arzt Vorwürfe, daß ihm schwerkranke Patienten lieber sind als gesunde? Wer dem Anwalt, welcher aus der Leute Haß und Hader Nutzen zieht? — Die Kranken und Reider sind die Klippen und Riffe dieser Herren. Die Hollanner dankten Gott, daß er ihnen auch Klippen und Riffe geschenkt.

Von jedem gestrandeten Schiff gehörte ein Drittel ihnen. Wenn ein Schiff in schwerem Seegang an den Wittkliff- oder Dansekermann- oder Nathurnklippen vorbeifuhr und nicht um einen Loffen signalisierte, wer konnte es den armen Insulanern verargen, daß sie mit gieriger Hoffnung das hin- und herschaukelnde Schiff vom Falm (dem oberen Randweg) oder vom Strand aus verfolgten und nicht hinauszuhren, trotzdem sie genau wußten, daß der Kasten bald feststehen würde? — Ja, die Kapitäne waren auch so geizig und wollten unbedingt das Häufchen Taler Loffengeld für

sich behalten und meinten, auch ohne die Hollnerrteufels durchzukommen — bis das Schiff wirklich festsaß und trotz aller Anstrengungen und allem Fluchen des Kapitäns nicht mehr loskam. Endlich, wenn gar keine Aussicht mehr vorhanden war, von der fückischen Klippe zu entkommen, signalisierte der Kapitän oder fuhr selbst an Land, um zu verhandeln. Doch von ihrem Driftel gingen die Helgoländer nicht ab, und wohl oder übel mußte er dann zusehen, wie alt und jung den Bauch des Seglers leerten, und wie sich der Strand füllte mit Fässern, Kisten, Säcken usw. Dann herrschte ein tolles Leben auf der Insel!

Wenn aber der vorsichtige Kapitän wirklich bei nahender Gefahr und Unkenntnis der Tiefen um Loffen bat, ließen es sich die Fischer nicht zweimal sagen. Wie man das Zeichen bemerkte, strömte alles hinunter an den Strand zu den Booten. Dierzehn durften in die Schaluppe. Die ersten unten losten, wer mit durfte. Es winkte ja reicher Lohn, wenn auch das Leben dabei auf dem Spiele stand.

Es war ein toller Brauch, dieses Losen. Die völlige Gleichberechtigung, der große Gemeinsinn hatte diese Art der Entscheidung bei wichtigen Dingen als die allein richtige anerkannt. Kein Helgoländer gönnte dem Fremden, sei es auch der Nachbar, aus freien Stücken Besseres als sich selbst. Und dieses Nichtsgönnen war auch schuld, daß die Euzhavener, Büsumer und Bremer mit ihren Loffenkuttern viel bessere Geschäfte machten. Die fuhren hinaus und kreuzten, die Helgoländer warteten, bis Schiffe kamen. Als das Kreuzen auf hoher See einigen Helgoländern Gewinn brachte, ruhten die Zurückgebliebenen nicht eher, bis ein Landesbeschuß so selbständige Art „zum Besten der Gemeinschaft“ wieder verbot.

Kostbare Zeit ging verloren, wenn ein Schiff in Not war. Aber wenn das Los entschieden hatte, ging es mutig durch die schäumende, wilde Brandung, dem Schiff den ersetzten Loffen zu bringen.

Bei Sturm und finstret Nacht und Nebel war dies nicht möglich. Viele, viele Schiffe zerschellten schon vor der Insel. Die angeschwemmten unerkannten Toten begrub man — auch heute noch — auf dem Friedhof der Heimatlosen. Er liegt auf der Düne: einige Duzend vom Sand halbverwehte Holzkreuze.

Aberaus fesselnd ist die Rolle, welche die kleine Insel während der Napoleonszeit und besonders während der Kontinental Sperre gespielt hat.

In den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts besetzte Napoleon Hannover und das ganze linke Elbufer bis Euzhaven. Und England — blockierte dies Gebiet. Kein Schiff konnte weder aus- noch einfahren. Hamburg und Preußen mußten schwer unter diesen Drangsalen leiden. Aber was konnte man dagegen tun? Wohl war das ganze Elbegebiet neutral; aber 1806 gab es ja noch kein einziges deutsches Kriegsschiff.

Noch war Helgoland dänisch. Aber niemand hatte sich bis jetzt um es gekümmert. Da fiel es plötzlich der dänischen Regierung ein, daß England den einsamen Fels in der Nordsee wegschnappen könnte. Sein natürlicher Schutz waren wohl die Klippen und sein militärischer Major von Jeska mit etwa 40 Soldaten, von deren Ausrüstung man erzählt, daß eine Uniform vorhanden war, die unten in der Wachstube des Leuchturms hing, und die der jeweiligen Posten anzog. Ein halbes Duzend verrosteter Geschütze waren auch noch da, aber noch niemand hat sie in Tätigkeit gesehen.

Aber Kiel kam nun Befehl nach Tönning, den getreuen Helgoländern ein Schiff mit Lebensmitteln zu senden, da England auch die Insel aushungern könnte. Das Schiff fuhr ab, aber Kommandant Falkland lag schon mit der Quebek vor der Insel, und der Däne machte schleunigst kehrt.

Jeska blieb gegenüber der Kapitulationsaufforderung standhaft. Er hoffte auf Kopenhagens Hilfe. Er wußte ja nicht, daß diese Stadt inzwischen von einer englischen Flotte ohne Kriegserklärung überfallen, in Brand geschossen und die dänische Kriegsflotte vernichtet worden war. Die Handelsflotte hat England kurzerhand als Entschädigung für die Verluste durch französische Kaper beschlagnahmt. Als noch weitere sieben englische Schiffe erschienen, mußte Jeska weichen. Die Besatzung wurde kriegsgefangen. Alle Franzosen, die auf der Insel weilten, mußten ausgeliefert werden.

Die Nordsee war englisch. Napoleon mag zu spät begriffen haben, daß es ein strategischer Fehler war, Helgoland als Stützpunkt übersehen zu haben.

Ein unerhörter Schmuggel begann jetzt. Hunderte kamen vom Festland her und errichteten auf der Insel Niederlagen, Geschäfte und Geschäftchen. Eine ungeheure Geldgier hatte alle Welt ergriffen. Helgoland war jetzt einer der wichtigsten Handelsorte. Alle Waren wurden über das unbefestete dänische Tönning geleitet und dann auf Schleichwegen ins Innere Preußens gebracht. Der Strand war voll von aufgestapelten Waren, zwischen denen wildes Seevolk lag und wülfelte. Helgoland schwamm in Gold, während Europa in tiefem Unglück lag. Reicher Lohn winkte den Insulanern als Loffen auf Schmuggelbooten. Leinwand, Obst, Öl, Lebensmittel wurden getauscht gegen Kaffee, Zucker und andere Kolonialwaren. Ein Bäuerlein, das mit 1000 Eiern die Insel glücklich erreichte, erhandelte für ein Ei ein Pfund Kaffee.

Ganze Handelsflotten lagen vor Helgoland, beschützt von Englands Flagge. Diese Flagge wehte auch schirmend über vielen politischen Flüchtlingen. So landete am 10. August 1910 der Herzog von Braunschweig-Öls, der „schwarze Herzog“, mit 2000 Mann auf der Insel. In 14 Tagen war er von Böhmen bis zur Wesermündung marschiert, hinter sich die französischen Korps von Reubl und Gratien, der Schill den Untergang bereitet hatte. Wenig Zeit hatten sie, von der deutschen Erde Abschied zu nehmen, Pferde, Wagen, fast alle Bagage mußten sie zurücklassen. Für einige Pfund Tabak gab ein Major Wagen und vier Pferde. Diese Männer werden voll brennender Scham deutscher Fürsten gedacht haben, die vor Napoleon sich beugten und ihm schmeichelten.

Da kam das Jahr 1812. Man wußte von Napoleons Rüsten und dem Zug nach Rußland. Dann kamen nur noch ganz spärliche Nachrichten aus dem Riesenreich: Smolensk — Einzug in Moskau. Nun blieb alles totenstill, bis allmählich die Nachricht von dem graufigen Rückzug der verlorenen Großen Armee nach Westen drang. Aber wie diese Schreckens- und zugleich Freude Kunde nach England bringen? — Einem Helgoländer Fischer, der sich gegen hohen Lohn bereit erklärte, in offener Schaluppe vom Festland aus nachts durch die französische Sperre nach Helgoland zu fahren, soll man die wichtige Depesche anvertraut haben. Eine englische Brigg brachte sie dann nach England. Napoleons Stern war erloschen, und mit ihm sank auch Helgolands Bedeutung. Die Adler sanken, und die Krähen verließen das Felsenest.

Die Speicher und die vielen Lagerschuppen standen nun öd und leer. Sie fanden keine Käufer. Helgoland erwachte aus seinem Taumel. Statt Tanz und Lust und Frauen, statt dem wilden Treiben tollkühner Gesellen — Todessehnen. Aber dem Fels heulte der Wind, über die Klippen rauschte hohl das Meer.

Im Kieler Frieden 1814 trat der König von Dänemark den Felsen förmlich an England ab. Bei einigen Flaschen Champagner wurde er auch in Wien verkauft und mit ihm die tausend Friesen mit deutscher Schul- und Kirchensprache. Denen war dies aber anfangs ganz gleichgültig. Die Hauptsache war, daß sie ihre alten Rechte behielten, wenigstens auf dem Papier. In der Praxis war es nun doch ein wenig anders.

Der Hummerfang war von jeder einer ihrer Haupterwerbszweige und um ihre Insel herum ihr alleiniges Recht. Dies verteidigten sie besonders auch gegen die Dänen. Aber die Engländer, die in den ersten Friedensjahren auf der Bildfläche erschienen, fragten nicht lange und fischten sorglos auf den Helgoländer Klippen Hummer. Das war doch nicht mit anzusehen! Die Engländer bauten nicht nur einen neuen, großen Leuchtturm, um unzählige Schiffe vor Schaden zu bewahren, was durchaus gegen der Helgoländer Sinn war, sie holten nun auch noch ihre Hummer. Die ersten englischen Fischer, die an Land gingen, bekamen furchterliche Prügel. Als das nichts half, wurde eine Deputation nach London geschickt. Aber leider machten weder deren schweigames Wesen, noch die Privilegien auf die Lords Eindruck. Durch die Übergabe waren die Hollänner zu ihrem Erstaunen nicht mehr Hollänner, sondern britische Kolonisten, und ihre Risse und Hummer britische Risse und britische Hummer.

Anfangs der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts kam der Bootsbauer Jab Andreesen Siemens auf den Gedanken, aus der einsamen, selten besuchten Felseninsel ein Seebad zu machen. Er stieß natürlich mit seinen neuzeitlichen Gedanken bei den konservativen Alten auf schweren Widerstand. Schließlich fanden sich doch die Geldmittel, auf der Düne eine einfache Bretterbude zu errichten. Das war vor nunmehr hundert Jahren, im Frühjahr 1826. Urfänglich war der erste Badebetrieb; aber er entwickelte sich zu aller Zufriedenheit, und der Widerwacker wurden

immer weniger. Jetzt kam wieder Leben auf die tote Insel und mäßiger Wohlstand. Siemens aber starb arm und vergessen in den vierziger Jahren im deutschen Hospital in London an der Cholera.

Heute ist Helgoland eines der berühmtesten Seebäder Europas. Schon Ende der achtziger Jahre weilten dort alljährlich rund 9000 Kurgäste. Besonders aber unter der seit dem 10. August 1890 währenden deutschen Herrschaft nahm das Seebad einen ungeheuren Aufschwung. 20 000 kamen jährlich vor dem Krieg dorthin und machten die Bewohner reich. Eine alte Prophezeiung hat sich so verwirklicht: Übers Meer wird einmal das Glück kommen.

Am 1. Juli 1890 war das Abkommen von Caprivi und Lord Salisbury unterzeichnet worden, wonach die Insel gegen Zansibar eingetauscht wurde. Der Weltkrieg hat allen Mißmut über den ungleichen Tausch endgültig besiegt. Helgoland wurde nun zu einer schweren Festung ausgebaut. Aber sie griff nur mit einem Schuß direkt in das Völkerringen ein. Der Versailler Vertrag bestimmte die völlige Zerstörung der Befestigungen mitsamt dem unter Riesenkosten erbauten Südhafen. Es muß einen wundernehmen, daß uns gestattet worden ist, die Ufer schutzmauer im Westen weiterzubauen.

1899 war Helgoland 50½ Hektar groß. Der Verlust in einem Jahrhundert wird auf 1½ Hektar geschätzt. Überieht man die nicht unbeträchtliche Anschwemmung an das Unterland, so könnte man also die Existenzdauer des Felsens auf drei bis dreieinhalb Jahrtausende errechnen. Im Jahre 1903 hat der preußische Staat — abgesehen von einigen vorherigen Versuchsbauten — mit dem Bau der gewaltigen Uferschutzmauer begonnen. Sie sollte zum Teil auf den Klippen in gewisser Entfernung parallel zum Fels verlaufen und zum Teil vorspringende Felsen miteinander verbinden und so das Weiternagen des Meeres verhüten. Der größte Teil der Westseite ist auf diese Weise nun geschützt. Beton und Granit, verstärkt durch Basaltblöcke, sind die Bestandteile der Mauer. Da nur bei Niedrigwasser gearbeitet werden konnte, betrug die tägliche Arbeitszeit nur zwei bis drei Stunden. 1905, wo es auf der Insel nur wenig Wasser gab, mußte daselbe durch ein Schiff vom Festland gebracht werden. Salzwasser durfte man nicht verwenden. Die Mauer ist am Fuß 6 m, oben 2 m breit und 6 m hoch. Sie ist so gebaut, daß sie nicht nur die Brandungswellen abhalten, sondern auch den Absturz von Felsmassen hinter ihr eindämmen kann. Bei der Springflut im März 1905, wo bei Windstärke 11, der stärksten in der Nordsee, die Mauer zum Teil überschwemmt wurde, wurden ungefähr 1400 cbm Felsmassen, das sind 2800 Tonnen, gegen sie geschleudert, ohne daß sie den geringsten Schaden erlitt.

Es ist ein Stück uralten Heimatbodens, eine ehrwürdige Ruine aus ältester Zeit, deren Erhaltung hier angestrebt wird. In der Urzeit die Grabstätte vorgeschichtlicher Helden, in germanischer Zeit das heilige Land des Fosites, des Gottes des Rechtes der Friesen; im Mittelalter der Schlupfwinkel frechen Raubgesindels, dann der Stützpunkt seemächtiger Nationen, bis vor sieben Jahren dann ein Bollwerk deutscher Macht im deutschen Meer. Nun blieb Helgoland nur seine friedliche und schönste Aufgabe: ungezählten Menschen Erholung zu schenken und herrliche Erinnerungen an Tage und Wochen inmitten des weiten, weiten Meeres.

Wille Esche, Weinheim a. d. B.

Bericht

über die Vorstandssitzung am 18. und 19. September 1926
in Freyersbach.

Zur Eröffnung der Sitzung gedenkt der Obmann des dahingegangenen Oberlehrers a. D. Herrigel (Heidelberg), der stets ein treues Glied des Vereines war und als Schriftleiter des Vereinsorgans viele Jahre im vordersten Kampfe stand. — Herr Gertis, als Nachfolger des langjährigen, getreuen Mitarbeiters Wachter, dem der Obmann den herzlichsten Dank für seine treue Mitarbeit ausspricht, und Herr Peter als Vertreter der Nichtverwendeten, werden begrüßt.

Lindenfels berichtet über das Schulaufwands-gesetz und seine Folgen für die Schule. Ein doppelter Abbau drohe der Schule, und die Aussichten der Nichtverwendeten seien noch trüber, als sie bisher waren. Die Vorschläge des Obmannes zur Abwehr werden allseitig von den Vorstandsmitgliedern gut-

geheißen, insbesondere soll durch Material aus dem Reiche nachgewiesen werden, daß die tatsächlichen Klassenstärken in anderen Städten denen bei uns entsprechen und auch vom pädagogischen Standpunkt aus zu erhalten sind. Es geht nicht an, daß fortgesetzt rein vom fiskalischen Standpunkt aus die Dinge so dargestellt werden, als ob hier ohne Gefahr für die großen gemeindlichen Schulwesen Einsparungen gemacht werden können. Die Klassenstärke von 35 als Durchschnitt sei längst als normal — jedenfalls nicht mehr als übertrieben günstig vom unterrichtlichen Bedürfnis aus anerkannt und müsse in Zukunft mit aller Wucht verteidigt werden. Länder mit Ganztagschule hätten diese Zahl in ihr Schulgesetz seit Jahren aufgenommen.

Sodann entwirft der Obmann ein Bild der Schulpolitischen Lage im Reich und berichtet über die Verhandlungen im O. A. des D. L.-V. in Berlin. Der Vorstand billigt einmütig den vom Obmann dort eingenommenen Standpunkt. Der O. A. des D. L.-V. wird aufgefordert, an der bis jetzt eingenommenen Stellung festzuhalten und nach Erscheinen des Reichsschulgesetzentwurfes den Hauptausschuß beschleunigt einzuberufen. Der Vorstand erwartet, daß auch durch den D. L.-V. der Schuß der bestehenden Simultanschule mit allen Mitteln durchgeführt wird.

Zur Frage der Schulforderungen des D. L.-V. (Abschnitt 4 des Programms) ist der Vorstand der Meinung, daß eine etwaige neuerliche Entscheidung nur durch qualifizierte Mehrheit gefaßt werden sollte.

In der Frage der Besoldungsordnung wird mitgeteilt, daß der D. L.-V. die Forderung der Sozialzuschläge nicht aufgegeben hat. Für viele Beamte sei übrigens leider statt der allgemeinen Gehaltsregulierung die sekundäre Frage der Ortsklasseneinteilung die wichtigere.

Die Verhältnisse im B. L.-V. sind gut. Es sind viele Eintritte erfolgt, denen nur wenige Austritte entgegenstehen. Die ganze Aussprache zeigt, daß der Vorstand die Haltung des Obmanns in allen diesen für die Mitglieder des Vereins so wichtigen Fragen billigt.

Zur Frage der Nichtverwendeten berichtet Lindenfelder, daß nach § 23 der Satzungen der Vorstand die Möglichkeit der Schaffung eines Unterausschusses zur Frage der Bearbeitung der Nichtverwendeten habe. Die Kandidaten sind nun mit einem Wunsche an den Vorstand herantreten und haben Herrn Peter (Heidelberg) zu ihrem Vertrauensmann ernannt. Herr Peter entwirft den Arbeitsplan, er bittet um Unterstützung der Kandidaten durch alle Mitglieder des Vereins und fordert seine Freunde zu regelmäßigem Besuch der Bezirkskonferenzen auf.

Aber das Heim berichtet Herr Wintermantel. Der Besuch war gut. Das Heim hat seine Aufgabe als soziale Einrichtung auch in diesem Betriebsjahre erfüllt. Eine Reihe von Wünschen über Verbesserung der Einrichtungen werden vorgetragen.

Die Rechnungsablage über die Jubiläumstagung zeigt, daß diese Tagung sich selbst getragen hat. Die Erhebung einer Teilnehmergebühr von 4 Mark war also gerechtfertigt. Aus der Kasse des Lehrervereins ist noch ein Zuschuß von 85,30 Mark notwendig. Die Kassenverhältnisse sind im ganzen in Ordnung. Allseitig wird die Tätigkeit des Vereinsrechners lobend anerkannt. Die Mitglieder werden erneut aufgefordert, seine Kassenarbeit wenigstens durch Abbuchungen des Beitrags bei der Beamtenbank zu erleichtern. Auf Antrag eines Beirats wird darauf hingewiesen, daß die Vereinsbeiträge auf 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober fällig sind. Längere Zahlungsverzögerungen können im Interesse der pünktlichen Zahler und der Abbuchungsmitglieder nicht zugelassen werden. Die Bezirksrechner werden erneut zur rechtzeitigen Vierteljahresabrechnung aufgefordert.

Die Neueinweisung der Schulzeitung war auf Wunsch der Postverwaltung notwendig. Wenn sich bei der Zustellung Unregelmäßigkeiten ergeben haben, sind z. T. jene Rechner schuld, die die Listen unvollständig an die Zeitungsstelle eingeschickt haben.

Zur Frage der Satzungsänderungen wird vor allem die Schaffung einer Möglichkeit zu Wahlvorbereitungen besprochen. Der Vorstand wird mit der Beschaffung der notwendigen

Unterlagen betraut. Die Vorarbeiten sollen ohne Überstürzung mit aller Sorgfalt getroffen werden.

Der Geschäftsführer des Lesebuchausschusses berichtet über den Stand der Lesebuchfrage, besonders über die Frage der Illustration.

Vorschläge zur Änderung der Satzungen für Haftpflicht und Rechtschutz werden besprochen. Der Vorstand wird seine Stellungnahme zu dieser Frage dem D. L.-V. vorlegen. Darnach wird keine zu weitgehende Ausdehnung.

Im verflossenen Geschäftsjahre wurden 30 Weiterbildungskurse im ganzen Lande abgehalten, die einen guten Besuch aufzuweisen haben. Weitere Kurse werden in nächster Zeit noch folgen. Es muß daran festgehalten werden, daß Mitglieder 1 M., Nichtmitglieder 2 M. als Mindestteilnehmergebühr entrichten.

Die Hilfe am Grabe hat auch in diesem Jahre ihre soziale Aufgabe erfüllt. Es wäre dies noch mehr der Fall, wenn Todesfälle z. T. rascher an die Geschäftsstelle gemeldet würden. So wurde ein Todesfall erst nach 6 Wochen gemeldet.

Der Gesellschaft für Volksbildung in Berlin wird die Unterstützung des Lehrervereins bei ihrer Werbetätigkeit in Baden in Anbetracht ihrer hervorragenden und uneigennütigen Betätigung insbesondere auf dem Gebiet der Buchverteilung zugesagt. Die für die Versammlungsveranstaltungen in Frage kommenden Bezirksvereine werden gebeten, sich auf Aufforderung zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen und auch für starke Beteiligung ihrer Mitglieder zu sorgen.

Kurz vor Ende der Sitzung wurde dem Vorstand der Tod des früheren Beirats Felbig telephonisch gemeldet. Der Obmann gedenkt des Heimgegangenen, und der Vorstand ehrt ihn durch Erheben von den Sitzen. Eine Beteiligung des Vorstandes an der Beisetzung ist bei der Kürze der Zeit leider nicht mehr möglich. Er wird durch ein Mitglied des Bezirksvereins Heidelberg vertreten sein.

Rundschau.

Elternrecht. Am 3. Februar 1926 teilte der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgenden Beschluß des preussischen Landtags den Regierungen mit: „Das Staatsministerium zu ersuchen, Sorge zu tragen, daß nicht durch solche Schuldeputationen, deren Mitglieder in der Mehrheit Gegner der christlichen Schule sind, die Belange der evangelischen und katholischen Schulen gefährdet werden.“ — Elternrecht, wo bleibst du?

Pestalozzi an Dr. Föhr: „Die Kopfbildung des Volkes ist Sache seiner häuslichen und bürgerlichen Sicherheit, ist also Staatssache, und als solche muß sie notwendig unabhängig vom Religionsunterricht erzielt und in diesem Gesichtspunkte mit Festigkeit davon getrennt werden.“

Deutsche Kinder in polnischen Schulen. Die Zahl der deutschen Kinder, die polnische Schulen besuchen müssen, beträgt in Pommern von 16 141 deutschen Kindern 7758, d. s. 48,1 Prozent der Gesamtzahl, im Rheingau von 14 600 deutschen Kindern 1769, d. s. 12,1 Prozent der Gesamtzahl, Posen von 19 119 deutschen Kindern 5308, d. s. 27,8 Prozent der Gesamtzahl, insgesamt von 49 860 deutschen Kindern 14 835, d. s. 29,8 Prozent.

Lehrfreiheit an der Hochschule. Die Zeitungen bringen folgende Meldung aus Mannheim: Professor Dr. Mayr, Dozent für Genossenschaftswesen an der Handelsschule in Mannheim, wurde die Vorlesungsberechtigung entzogen. Er hatte im Auftrag des Landgerichts Düsseldorf in einem Zinswucherprozeß ein Gutachten erstattet, worin er die Zinsforderungen der Banken bei valorisierten Darlehen, die bis zu 15 Prozent täglich gingen, als „Wucher“ und „Verbrechen“ bezeichnet. Der Verein der Bankiers von Rheinland und Westfalen und die badisch-pfälzischen Banken erreichten es beim Senat der Handelsschule, daß Dr. Mayr daraufhin gemäßregelt wurde.

Andere Meldungen fügen dem noch hinzu: Die wissenschaftliche Objektivität des Gutachtens wurde vom zuständigen Handelsgericht wie von berufskollegialer Seite Mayrs in Zweifel gezogen. Ein Antrag auf Entziehung des Lehramts wurde vom Senat nicht abgelehnt, vom Kuratorium angeblich aber angenommen. Ob die Nachricht der „Frkst. Ztg.“ richtig ist, die Maßregelung sei auf Veranlassung des badischen Unterrichtsministeriums erfolgt, muß noch dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle scheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß im Kuratorium der Handelshochschule die Stadt Mannheim, das Unterrichtsministerium, das Innenministerium, die Universität Heidelberg, die Handelskammer, die Handwerkskammer,

eine Reihe von Gewerkschaften und ein Vertreter der Banken sitzen.

Ganz besonders beachtenswert aber erscheint uns eine Auslassung des „Bad. Beobachters“ (Prof. Mayr war übrigens Mitarbeiter dieses Blattes). Sie heißt: „Auch wir sind nicht mit allem einverstanden, was Prof. Dr. Mayr schreibt und sagt, und tadeln an ihm insbesondere die Leidenschaftlichkeit der Sprache. Trotzdem darf man seine Verwunderung über die Maßregelung ausdrücken, um so mehr als sie vom Senat der Handelshochschule ausging. Sonst hat man überall erlebt, daß der Senat einer Hochschule eifersüchtig über die Lehrfreiheit an der Hochschule wachte. Hier erlebt man, wie ein Senat dem Druck von Interessenten nachgibt, denen, wie wir sehr wohl begreifen, die Sprache und die grundsätzliche Einstellung des Dozenten Dr. Mayr nicht gefallen. Das Kapital ist zweifellos sehr mächtig; aber es dürfte besonderes Aufsehen erregen, wenn es dazu übergeht, die Lehrfreiheit an der Handelshochschule zu beschneiden. Es wird die weitesten Kreise interessieren, daß die Lehrfreiheit unserer Hochschulen vor nichts Halt macht, auch nicht vor unserem Herrgott, nur allein vor dem — Kapital! Soweit hätte man es wirklich nicht kommen lassen sollen. Aber der Vorgang beleuchtet blühtartig den Geist unserer Zeit.“

Sehr richtig. Aber schließlich: wer macht denn die stärksten Eingriffe in die Lehrfreiheit? Wir wollen die Fälle gewiß nicht gleichstellen; aber die Kirche macht einen Hochschullehrer unmöglich wegen Ungehorsams gegen ein kirchliches Organ (Wittig) und entzieht einem Lehrer (Wartel in Unterfranken) die „missio“ und damit im Konkordatsbayern die Stelle — bloß weil er Sozialdemokrat ist! Wo aber bleibt die deutsche Reichsverfassung?

Wohin gehe ich

zu Erholungs- und Ferienaufenthalt?

In das Lehrerverheim

Bad Freyersbad.

Südtirol. Am 1. Oktober werden, wie die Blätter aus Rom melden, die deutschsprachigen Klassen der Realschule in Bozen (ebenso wie die slowenischen in Udine) in italienische umgewandelt. Auch die Lehrerfeminare in Tolmeina und Bozen werden zu diesem Zeitpunkt vollständig italienisiert.

Gewerkschaft und Bildungsarbeit. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat in der Erkenntnis, daß die Bildungsarbeit eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist, am 1. September eine eigene Kulturabteilung eröffnet. Mancher Berufsverband, dessen Mitglieder sich kraft ihrer „geistigen“ Tätigkeit weit über die Handarbeiter erhaben dünken, könnte von diesem Beispiel lernen.

Die Lehrerbildungsfrage in der Schweiz. Es ist eigentümlich, wie „international“ so viele Strömungen und Erscheinungen auch des kulturellen Lebens heute sind. So steht auch die Schweizer Lehrerschaft im selben Kampf um eine zeitgemäße — und das kann nur heißen: akademische — Ausgestaltung der Lehrerbildung. Dabei kommt den Vorgängen im Kanton Zürich besondere Bedeutung zu. Nun hat die kantonale Erziehungsbehörde von Zürich einen Entwurf über die Lehrerbildung vorgelegt, der die Wünsche der Lehrerschaft nicht erfüllt. Die Hauptforderung der Lehrerschaft, die Ausbildung an der Hochschule, ist in dem Entwurf nicht verwirklicht. Nach der Ausbildung in besonderen Abteilungen der Kantonschulen sollen alle Kandidaten ein vorläufig Oberseminar genanntes Institut durchlaufen und vor dem Eintritt ins Schulamt ein halbes Jahr lang praktisch tätig sein. Damit kann weder die Lehrerschaft Zürichs noch die anderer Kantone, auf die dies Beispiel wohl abfärben wird, zufrieden sein. Der Kampf wird also auch in der Schweiz weitergehen.

Deutschnationales und Reichsschulgesetz. Auf dem Deutschnationalen Parteitag in Köln (9. und 10. Sept.) spielte die Schulfrage eine ziemlich große Rolle. Der Vorsitzende, Graf Westarp, sagte u. a., über den politischen und materiellen Aufgaben werde die Deutschnationalen Volkspartei die Pflege von Religion und

Sittlichkeit, von Kultur und Erziehung nicht vernachlässigen. Schon heute wolle er keinen Zweifel lassen, daß die Partei entschlossen sei, im kommenden Winter endlich die Entscheidung über das in der Verfassung verheißene Schulgesetz mit dem Schutz der christlichen Schule und Elternschaft herbeizuführen. Bei nochmaligem Versagen des Reichstages würde, wie bestimmt anzunehmen sei, die christliche Elternschaft eine weitere Frist nicht gewähren wollen, und sie könne der Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei sicher sein, wenn sie in diesem Falle, in dem es sich um höchste ideale Güter handle, zum Volksentscheid über das Schulgesetz greife. — Besonders beschwörend wandte sich Abg. Wallraf an das Zentrum: „Das christliche Schulgesetz ist notwendig, wie das tägliche Brot. Weil die Geburt so schwierig ist, müssen wir uns auf das Notwendigste beschränken und dürfen das Werk nicht mit zu vielen Einzelsforderungen belasten. Dem Zentrum rufen wir zu: Die Bahn für das christliche Schulgesetz ist frei, falls ihr ehrlich, ohne Rücksicht auf die Neigungen der Sozialdemokratie, Hand in Hand mit uns diesen Weg geht.“

Sehr beachtenswert ist nach diesem Werben die Antwort des Zentrums. Die „Germania“ nämlich schreibt kühl: „Man hat auf dem Deutschnationalen Parteitag mit großem Nachdruck von der Notwendigkeit des christlichen Schulgesetzes gesprochen und hat damit auf die Koalitionspolitik des Zentrums einzuwirken gesucht. Das Zentrum ist vor einer Unterschätzung dieser großen Kulturangelegenheit geschützt, aber es kann doch nicht so tun, als wenn die innere Politik sich in der Schulpolitik erschöpfe.“

Man darf jedenfalls sehr gespannt sein, ob das ein Einlenken des Zentrums für ein Schulgesetz bedeutet, das auch für die Linke noch tragbar wäre, oder ob es schließlich doch darauf hinausläuft, diese Frage einfach zu verschleppen, weil sie für seine sonstige innere Politik Sprengpulver wäre. Am Schicksal des Kälz'schen Entwurfs wird sich's bald zeigen.

Konfession und Handwerk. Eine Aussicht für die Zukunft, wenn es erst einmal ein Duzend verschiedene Schularten „ihres Bekenntnisses“ und „ihrer Weltanschauung“ gibt, eröffnet folgende Mahnung, die die „Epz. Lztg.“ dem amtlichen Organ der Handwerkskammer Liegnitz (31. Mai 1926) entnimmt: „Das Göttliche Handwerk stellt mit Befremden fest, daß unter den in die Lehre tretenden jungen Leuten die Zahl derjenigen immer größer wird, die ihre Schulbildung in einer rein weltlichen Schule empfangen haben. Vielleicht ist dieselbe Wahrnehmung auch in anderen Städten gemacht worden. Nach den im Handwerk gemachten Erfahrungen kommt es aber bei der Erziehung nicht nur auf die Vermittlung von Kenntnissen und Erkenntnissen an, sondern auch die Pflege der Religion trägt wesentlich zur Charakterbildung bei. Die jungen Leute, die eine handwerkliche Ausbildung genießen, sollen nicht nur zu tüchtigen Fachleuten, sondern auch zu charakterfesten Staatsbürgern herangebildet werden, denn gerade der religiösen Grundlage der Erziehung ist es zuzuschreiben, daß aus dem Handwerk so viele tüchtige Kräfte hervorgegangen sind. Das Handwerk warnt die Eltern und Vormünder dringend davor, aus Bequemlichkeit oder anderen nicht stichhaltigen Gründen die ihrer Fürsorge anvertrauten Kinder der konfessionslosen Schule zuzuführen. Jedenfalls muß das Handwerk die Verantwortung dafür ablehnen, wenn bei den aus den konfessionslosen Schulen hervorgegangenen jungen Leuten die handwerkliche Ausbildung nicht die gewünschten Früchte trägt.“

Ortsklassen oder nicht? Antworten auf eine internationale Umfrage: Besteht ein Unterschied in der Entlohnung zwischen Stadt und Land? und wenn ja, in wieviel Ortsklassen ist das Land eingeteilt?

Deutschland ja, 5 Ortsklassen; England ja, 5 Ortsklassen; Österreich ja, 3 Ortsklassen; Belgien ja, 3 Ortsklassen; Dänemark ja, 5 Ortsklassen; Holland ja, 3 Ortsklassen; Luxemburg ja, 4 Ortsklassen; Schweiz ja, 5 Ortsklassen; Tschechoslowakei ja, 4 Ortsklassen; Frankreich ja (Städte über 100 000 Einwohner zahlen verschiedene Ortszulagen, z. B. Paris 2000 Frs., Lyon, Marseille, Bordeaux 1500 Frs.), Amerika ja (für die Klasseneinteilung ist die Höhe der Einnahmen der Postämter und damit die Größe der Orte maßgebend). Keine Ortszuschläge werden gezahlt in Australien und in Danzig.

Alt-Berlin hatte vor dem Krieg 230 000 Volksschüler, 1925/26 waren es nur noch 132 000. Zu Ostern d. J. stieg die Zahl wieder auf 144 000. Da aber im Herbst viele Schüler aus der obersten Klasse entlassen werden (Berlin hatte früher halbjährliche Einschulung), geben zu diesem Zeitpunkt 500 Klassen ein, so daß vielen Junglehrern, die zu Ostern eingestellt werden konnten, neue Stellungslosigkeit bevorsteht.

Aus den Vereinen.

Postalozzi-Verein. An unsere Mitglieder. Die außerordentliche Mitgliederversammlung zur endgültigen Regelung der mit der Umstellung des Vereins durch die Mitgliederversammlung vom 11. Mai v. J. in Freiburg zusammenhängenden Fragen und zur Genehmigung der neuen Satzung findet Sonntag und Montag, den 24., 25. Okt. d. J., in Achern statt. Die Satzungsänderungen gehen den Bezirksverwaltungen zur Bekanntgabe an die Mitglieder durch ein besonderes Rundschreiben dieser Tage zu. Der Hauptversammlung wird eine Gedächtnisfeier auf dem Friedhofe vorausgehen. Die Verhandlungen werden in der Turnhalle stattfinden. Tagesordnung: 1. Bericht der Vorbereitungscommission. 2. Geschäftsbericht. 3. Rechenschaftsbericht 1925. 4. Bericht des Prüfungsausschusses. 5. Ergänzung des Prüfungsausschusses. (§ 100 d. S.) 6. Beratungen und Beschlusfassungen zur neuen Satzung. 7. Regelung der Aufwertungsansprüche. 8. Anträge: a) des Prüfungsausschusses: „Die außerordentliche Hauptversammlung in Achern wolle beschließen: Der Bezirkserheber erhält jeweils für die Aufnahme eines männlichen Mitglieds 2 M., für die eines weiblichen 1 M. b) Der Zentralverwaltung: „Das Sterbegeld derjenigen noch beitragspflichtigen Mitglieder, die bereits vor 1. Jan. 1905 dem Verein angehört, soll unbeschadet der Bestimmungen der §§ 54, 55 der Satzung eine außerordentliche Zulage erhalten, die jeweils nach Maßgabe der vorjährigen Wirtschaftsüberschüsse von der Zentralverwaltung festgesetzt wird.“

Unerwartete Anträge (§ 71) sind nicht eingegangen. Die Vollmachten (§ 64, 65, 66 der Satzung von 1923) sollen bis 17. Okt. in der Hand des Herrn Hauptl. Doll, Wagshurst, Amt Achern, sein. Weitere Bekanntgaben über die Mitgliederversammlung werden rechtzeitig an dieser Stelle erscheinen.

Offenburg, den 17. Sept. 1926.

Die Zentralverwaltung:

A. Engler. W. Hahn. K. Eidel. Th. Hugel. W. Müller.

Schulpolitische Woche des D. L.-V. Der Deutsche Lehrerverein veranstaltet vom 30. September bis 2. Oktober in der Hochschule für Politik, Berlin, Schinkelplatz 6, eine schulpolitische Woche, für die folgende Vorträge in Aussicht genommen sind:

1. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Geschichte. (Prof. Rothenbücher, München.)
2. Das Verhältnis von Staat und Kirche in Holland, Belgien, Frankreich und den Vereinigten Staaten. (R. Lehmann, Leipzig.)
3. Staat und Kirche seit der Staatsumwälzung unter besonderer Berücksichtigung der Reichsverfassung. (Dr. Senfert, Dresden.)
4. Die evangelische Kirche in ihrer Stellung zu Staat und Erziehung. (Generalsuperintendent Dibelius, Berlin.)
5. Staatsgedanke in der Erziehung. (Professor Dr. Hellpach, Heidelberg.)
6. Die katholische Kirche in ihrer Stellung zu Staat und Erziehung. (Dr. Rüdter, Nürnberg.)

Die Anmeldungen sind baldigst an die Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins, Berlin C 25, Kurze Str. 3/5, zu richten. Jedem Teilnehmer wird von der Geschäftsstelle eine Teilnehmerkarte überandt. Die Teilnahme ist frei; die Veranstaltung ist jedoch nur Mitgliedern (Ausweiskarte) zugänglich.

Voranzeige. Am 20., 21. und 22. Oktober d. J., jeweils nachmittags von 2½ bis 4½ Uhr, wird in der Universität Freiburg der übliche Lehrerfortbildungskurs abgehalten. Als Dozenten sind gewonnen: Herr Prof. R. Laiz (Die Befriedelung Babens während der Steinzeit) und Herr Univ.-Prof. Dr. Wilfer (Lichtbildervortrag über eigene Forschungsreisen im Kaukasus, Geologisches, Bodenschätze, Land und Leute). Außerdem stehen wir noch in Unterhandlung mit einem Vertreter der Medizin wegen eines Vortrags über Krankheiten der Stimmorgane und deren Verhütung, Sprachfehler und deren Beseitigung. Wir haben uns bemüht, Gelehrte, deren Namen in der Wissenschaft bestens bekannt sind, für die Veranstaltung zu gewinnen, und erwarten, daß sämtliche Kolleginnen und Kollegen Oberbadens durch Befeiligung ihr Interesse an einer derartig wichtigen Standesfrage, wie es die Lehrerbildung ist, unzweideutig zum Ausdruck bringen. Teilnehmergebühr 2 Mark für sämtliche Vorträge. Nähere Angaben erfolgen noch im Amtsblatt und in der Schulzeitung. Bez.-L.-V. Freiburg-Stadt.

Verschiedenes.

Wohnung für einen Ruheständler. In Krautheim 4 Zimmer, Küche, Speicher, Keller, etwas Garten; monatlich 20 M. Genauere Auskunft durch Frau Staatsanwältin Schmid-Marischkin, Krautheim, Amts Adelsheim.

Krankenfürsorge. Der Vorstand der Krankenfürsorge schreibt auf 6. November eine Generalversammlung aus und erwartet Vorschläge für Satzungsänderungen innerhalb 14 Tagen. Ich glaube, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn der Vorstand von sich aus seine Anträge mit den finanziellen Auswirkungen zuerst gebracht hätte. Man hätte damit eine bessere Grundlage in den Bezirksvereinen gehabt. Ich möchte nun auf Grund meiner Erfahrungen als Bezirksverwalter von Mannheim einige persönliche Vorschläge machen. Als Übergangsmassnahme wurde beschlossen, von den ersten 30 Mark nur 50 Prozent zu vergüten. Ausgelegt wurde dann diese Regelung so, daß sie nur einmal im Jahre bei einen Versicherten durchgeführt werden sollte. Diese 50 Prozent Vergütung sollte fallen und allgemein 70 Prozent verrechnet werden. Der Krankenhaussatz von 3 Mark ist heute zu niedrig. Es hieß früher: III. Klasse Krankenhaus Offenburg. In Mannheim ist der Verpflegungssatz II. Klasse 9 Mark für Einheimische. Wenn man in die Satzungen keine bestimmte Zahl einsetzen will, ist der Vergleichsmaßstab wie früher anzunehmen, so daß man den Steuerungen folgen kann. Mindestens 4,50 Mark für Krankenhaus sind heute notwendig. Bei Heilanstalten könnte der heutige Satz von 3 Mark beibehalten werden. Der Begriff „Heilanstalt“ muß auch weiterhin so ausgelegt werden wie bisher: „Geschlossene Anstalt unter ärztlicher Leitung“. Sonst verlieren wir wieder den Boden wie vor einigen Jahren. Durch Festsetzung von Höchstgrenzen von 400, 700, 900 Mark haben sich einige Härten ergeben, für die ein Ausweg gefunden werden muß. Gerade weil diese Fälle sehr selten sind, belasten sie die Kasse nur wenig. Eine sehr ernste Angelegenheit ist die Einbeziehung der Zahnbehandlung, die von vielen Seiten gewünscht wird. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Krankenfürsorge bei Zahnkrankheiten überhaupt nichts vergüten würde. Die Grenze zwischen rein technischer und operativer Behandlung ist allerdings für einen Laien schwer zu ziehen, so daß satzungsgemäß manche Rechnung unter den Tisch fiel, während vielleicht eine andere bei entsprechender „Aufmachung“ verrechnet wurde. Sollte die Zahnbehandlung bei uns einbezogen werden, wäre es notwendig, daß der Vorstand im Verein mit den übrigen Kassen bei dem Zahnärzterverband wegen eines Einheitsformulars mit zweckmäßiger Spezifizierung vorstellig würde. Die Vergütungsätze müssen natürlich sehr vorsichtig angelegt werden, daß wir keine unliebsamen Überraschungen erleben. Es wäre notwendig, die geplanten Sätze möglichst bald zu erfahren. Daß wir im Sinne der Zimmerschen Ausführungen alles daran setzen müssen, unsern Verein als selbständige Einrichtung unter unserer Verwaltung zu erhalten, sollte jedem Standesgenossen klar sein. Wir wollen deshalb bei unserer diesjährigen Tagung unsere Krankenfürsorge so ausbauen, daß sie wie seither den Vergleich mit anderen Einrichtungen gut aushalten kann. A. Brümmer, Mannheim.

Ferienaufenthalt für Junglehrer. Die badischen Jugendherbergen ermöglichen mit der Schaffung von Eigenheimen einen angenehmen und billigen Ferienaufenthalt für Junglehrer. In landschaftlich reizvoller Gegend gelegen, eignen sie sich besonders auch als Stützpunkte für Wanderungen und Spaziergänge in Wald und Flur. Ihre günstige Verteilung auf die 3 schönsten Wandergebiete des badischen Landes, Odenwald, Schwarzwald und Bodensee, machen es jedem Junglehrer möglich, mit geringen Reisekosten eines dieser Häuser zu besuchen. Sämtliche Eigenheime sind ausgestattet mit hellen und luftigen Tages- und Schlafräumen, guten Matratzenbetten, teilweise auch besonderen Waschräumen. Ein im Hause wohnender Herbergsvater sorgt für einfache aber gute Verpflegung. Anmeldung sind an folgende Adressen zu richten: 1. Reichenbach, Post Mudau, 55 Betten mit Decken in 4 Schlafräumen, Tagesraum, Waschräume; Anmeldung Ratsschreiber Münch. 2. Söhlberg, Post Ottenhöfen, 27 Betten in 4 Schlafräumen, Tagesraum; Anmeldung Anton Volz. 3. Aberlingen, Bahnstation Ruffdorf, 50 Betten mit Decken in 4 Schlafräumen, Tagesraum, Waschräume; Anmeldung Rudolf Brender.

Die erste Hochschulwoche der Musikantengilde findet vom 3.—7. Oktober 1926 in Brieselang bei Rauen statt. Die Arbeit der Musikantengilde hat sich in den letzten Jahren weit über die Singkreise der Jugendbewegung, aus der sie hervorging, ausgedehnt und in weitem Maße Eingang in die Kreise der deutschen Lehrerschaft und Fachmusikerkchaft gefunden. Die erste Hochschulwoche soll diesen Zusammenhang fruchtbar machen und eine Brücke schlagen zwischen der deutschen Jugendmusik und ihr nahestehenden Vertretern der Fachmusik, Kirchenmusik und Musikwissenschaft. Neben praktischer Chor- und Orchesterübung und der methodischen Schulung stehen eine Reihe von musikwissenschaftlichen Referaten, für die sich u. a. folgende Herren zur Verfügung gestellt haben: Prof. Dr. Willibald Gurlitt, Freiburg, Prof. Dr. Hans Joachim Moser, Heidelberg, Dr. Friedrich Blume, Berlin, Dr. Hans Mersmann, Berlin, Parrer Friedr. v. Baubnern, Rastenburg, Heinrich Kaminski, Ried, Dr. Hermann Erpf, Münster, Ludwig Weber,

Nürnberg. Die Leitung der Tagung liegt in den Händen von Prof. Fritz Jöde, Berlin und Dr. Fritz Reusch, Berlin.

„Der Martinisturm.“ Ein strahlender Spätsommer Sonntag lockte eine erwartungsfreudige Gemeinde am 5. September in den Ettlinger Walthaldenpark. Ein Stück Heimatschicksal sollte auf der dortigen Naturbühne dramatisch vor uns lebendig werden. Im Frühjahr erschien bei der Braun'schen Verlagsbuchhandlung das von dem Taubstummenlehrer Bernhard Bender für Ettlingen gedichtete Schauspiel: „Der Martinisturm“. Wir haben in der letzten Zeit eine Flut von Heimatkunst und Heimatliteratur über uns ergehen sehen, so daß das Interesse für das neue Büchlein nicht gerade groß genannt werden konnte. In Ettlingen aber entzündete das Schauspiel die Seele der Schule und der Bürgerschaft. In dem Stück steckt mehr als einfacher Historizismus. Man erkannte das, und der Wunsch erwachte, das Stück auf die Bühne zu bringen. Kein anderer Platz war dazu besser geeignet als die grün umschatteten Anlagen der Naturbühne Walthalden. Bald fanden sich Männer und Frauen aus dem Volke, die sich mit zähem und freudigem Eifer an das Rollenstudium heran machten. Kollege Wahmer komponierte die Chöre; Schüler und Schülerinnen, selbst die Kleinsten durften an den Reigen des Volkes teilnehmen. Der Musik- und Gesangverein, der evang. und kathol. Kirchenchor stellten sich einmütig in den Dienst der Sache. Ein Sommer lang wurde in der Stille gelernt, geübt und geprobt. Spielleiter Ego Schmid von der „Bad. Bühne“ hatte die Mühe auf sich genommen, das Stück in Szene zu setzen. Am ersten Sonntag im September erlebte das Stück seine Uraufführung. Eine historische Anekdote aus dem Franzosenkrieg von 1889 gab die Grundlage zu den drei Akten. Nach dem „leuchtenden“ Vorbild des Brandgenerals Melac zerstörten franz. Trupenteile die bad. Städte Durlach, Mühlburg und Ettligen. Nach dem Abzug der Soldaten kehren die geflohenen Bürger zurück. Mutlosigkeit und Furcht lastet auf ihnen und hemmt sie am Wiederaufbau ihrer Heimat. Langsam nur ersehen wieder Hütten und Häuser auf den Trümmern rund um die Martinskirche. Traurig schaut der alte ehrwürdige Kirchturn in die Rheinebene. Er ist noch immer das Symbol für die Einigkeit der Ettlinger Bürger. Aber dieser Turm droht einzustürzen und die kaum aufgebauten Hütten unter seinen Trümmern zu begraben. Die Mauern sind rissig, ein Gerüst läßt sich nicht anbringen. Die Bürger wollen ihre Heimat verlassen. Da unternimmt es der Schmiedegessele Burkhardt Kuenlein einen Eisenring um den Turm zu schmieden, um dadurch den Turm und die Heimat zu retten und zu erhalten. Die mutige Tat gelingt und mit neuer Hoffnung erfüllt geht nunmehr Ettligen's Bürgerschaft an den restlosen Wiederaufbau der Stadt.

Symbolisch schlägt dieser Bühnenvorgang eine Brücke in unsere Zeit. Die mutige Tat, die zähe Arbeit und Hoffnung sind die Grundlagen für den Wiederaufbau des Vaterlandes. Psychologisch sein hat es der Dichter verstanden, diesen Höhepunkt herauszuarbeiten. Mit hingebender Freude spielten die Darsteller ihre Rollen. Ein Beispiel dafür, wie man den Bürger für seine Heimat begeistern kann.

Das Stück hinterließ in allen Besuchern einen tiefen und nachhaltigen Eindruck und erntete starken Beifall. Diese Zeilen wollen keine Kritik an dem Heimatspiel sein, sie wollen nur auf die hervorragende Gelegenheit hinweisen, wie wir unseren Schülern ein Stück Ettlinger Heimatkunde — und ein Stück Heimatliebe nachhaltig lebendig machen können. Das Spiel wird jeden Sonntag nachm. im Ettlinger Walthaldenpark wiederholt. Für Schüler findet eine besondere Aufführung statt. S. D.

Der Entwurf einer Stoffverteilung für Nüchternheitsunterricht in der deutschen Volksschule ist in 4. Auflage vom Deutschen Bund enthaltener Erzieher erneut herausgegeben. Er bietet eine knappe Zusammenstellung der Unterrichtsstoffe, die für die Aufklärung der Jugend der verschiedenen Stufen notwendig sind, unter Hinzufügung der Anschauungsmittel und der zur Vorbereitung für den Lehrer zu benutzenden Schriften. Die Stoffverteilung sollte in die Hand jedes Lehrers gelangen. Preis 1 Stück 10 Pfg., 100 Stück 4 M. Zu beziehen durch die Deutsche Zentrale für Nüchternheitsunterricht, Bielefeld, Roonstr. 5.

Der im April dieses Jahres in Karlsruhe eingerichtete Lehrgang für Ausdrucksgymnastik Dr. Rudolf Bode hat in zahlreichen Kreisen der badischen Lehrerschaft den Wunsch geweckt, daß auch in anderen Städten Badens solche Kurse eingerichtet werden möchten. Dr. H. Frucht, der älteste Mitarbeiter Dr. Bodes, der auch den Karlsruher Lehrgang leitete, wird nunmehr in folgenden Städten Kurse einrichten, die teils unter seiner persönlichen Leitung, teils unter Leitung seiner Mitarbeiterinnen stattfinden: Baden-Baden, Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Pforzheim. Der Unterricht findet einmal in der Woche statt. Weitere Städte können noch berücksichtigt werden bei rechtzeitiger Anmeldung bei der Kursleitung Dr. Hans Frucht, Eichenau, Post Puchheim, Oberbayern.

Sprachliches. Es ist ein großer Unterschied, ob man sagt „eine Mauer ist errichtet“ oder „sie ist errichtet worden“. Im ersten Fall bezeichnen wir einen Zustand, die Mauer ist fertig, sie steht da; im zweiten Fall ist von einer Handlung die Rede; die Tätigkeit des Bauens ist zu Ende geführt. Es ist also nicht richtig, wenn die Zeitungen schreiben: „Gestern ist der Verbrecher verhaftet“; vielmehr muß es heißen entweder „gestern ist der Verbrecher verhaftet worden“ — die Handlung des Verhaftens ist vollzogen worden, der Verbrecher kann inzwischen wieder entflohen sein — oder „seit gestern ist der Verbrecher verhaftet“ — der Zustand der Verhaftung besteht noch fort, der Verbrecher sitzt hinter Schloß und Riegel. Dieser Unterschied wird von den Norddeutschen häufig außer acht gelassen, schreibt doch ein norddeutscher Schulmann sogar in einem Schullesebuch: „Hektor ist, während er für das Vaterland kämpfte, von Achill getötet.“ Es ist nicht zu billigen, wenn jemand schreibt: „Im Jahre 1870 sind die Franzosen von den Deutschen besiegt“; es muß heißen „besiegt worden“. Nicht: „Erschlagen ist am Montag ein Arbeiter im Streite mit einem andern“, sondern: Am Montag ist ein Arbeiter im Streit mit einem andern erschlagen worden. (Dunger: Zur Schärfung des Sprachgefühls, Berlin 1897.)

Vergiß nicht!

Daß Deine Gesundheit Dein bestes Gut ist.

Daß Du einmal im Jahr weg gehörst von zu Hause, um sie zu erhalten.

Daß auch **Deine Frau** solche Tage der Ruhe und Erholung dringend bedarf.

Daß es am falschen Ort sparen heißt, ihr und Dir einen Serienaufenthalt zu versagen.

Daß unser **Sreyersbach** Dir bei billigstem Preis und vorzügl. Unterkunft offen steht.

Daß seine vorzüglichen Mineralwässer Dir zu Trinkkuren kostenlos zur Verfügung stehen.

Daß die Mineralbäder eine vorzügliche Wirkung tun.

Daß die Anmeldung frühzeitig erfolgen soll, da man in einem so großen Betrieb nicht einfach ins Haus fallen kann.

Vergiß das nicht!

Bücherschau.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Sortiments-Abteilung der **Konkordia A.-G., Bühl** (Baden) zu Originalpreisen.

Briefe von Joh. Peter Hebel. Herausgeber Karl Ober. Fünf Hebelbildnisse. 156 S., Hbd. 4 M. Verlag von C. F. Müller, Karlsruhe i. B. 1926.

Als eine würdige Gabe zum 100. Todestage Hebels erscheint diese Nachlese. Sie enthält 111 Briefe Hebels, mit wenig Ausnahmen hier zum erstenmal veröffentlicht. Für die Kenntnis von Hebels Persönlichkeit und seiner Schriftstellerei enthalten die Briefe wertvollsten Stoff. Besonders fesselnd sind die 10 Briefe an den Bistumverweser Wessenberg. Der Herausgeber hat im Anhang wichtige Sach- und Personenerläuterungen und ein Brief- und Empfängerverzeichnis beigelegt. Ganz besonders willkommen werden den Hebelverehrern die 5 zeitgenössischen Bilder Hebels sein.

Ascherl — Fürsch — Kaestl: Naturkundliches Zeichnen. II. Tl.; 128 S.; 6,8 M. und **Erläuterungen dazu;** 167 S.; 2,9 M.; Verlag von Prögel, Ansbach.

Faustskizzen, wie sie zur Führung des Merkheftes nötig, aber nicht jedem geläufig sind. Die Skizzen beziehen sich auf alle Teile der Naturkunde der mittleren und oberen Stufe. Ein besonderer Abschnitt zeigt die Entstehung der Zeichnungen aus den Grund-

formen. Die Erläuterungen geben sich als Unterrichtsergebnisse in kurzen Bemerkungen, wie sie der Schüler allmählich selbst formen lernen soll. Die beiden Hefte sind zugleich ein Vorbild für die Führung des Merkheftes. Zeichnungen und Bemerkungen aus Tier- und Pflanzenkunde geben Morphologisches und Biologisches nebeneinander, um von vornherein die Aufmerksamkeit auf deren Zusammenhang zu richten.

Deutschkundliche Bäckerei. Herausgeber: Dr. G. Wenz; je 40—50 S., 0,60 M., Quelle & Meyer, Leipzig.

Zur Belegung des Deutschunterrichtes sind die Hefte vorzüglich geeignet. Neu erschienen: Salomon: Proben aus Walter v. d. Vogelweide; Schauer: Dichtungen des deutschen Barocks; Schauer: Deutscher Barock; Schneider: Deutsche Kunstprosa; Kluge: Deutsche Namenkunde; Mogk: Deutsche Heldensage.

Briefkasten.

Alle Zeitungsbestellungen an Hauptlehrer N. Baur, Karlsruhe, Voethstr. 16a.
Alle Gehaltsfragen an Hauptlehrer Lindensfelder, Heidelberg, Bergstraße.
Für briefliche Auskunft ist Postgeld einzufenden.

J. V. in M. Die Angaben jener Notiz stimmen freilich. Der „Bad. Beob.“ selbst brachte 3. B. gelegentlich folgende Zahlen: Bei 13 Millionen wahlberechtigter Katholiken erhielt das Zentrum rund 4 Millionen Stimmen, die Bayr. Volkspartei 1,25 Millionen.

Bereinstage.

Die Einfindungen für Konferenzanzeigen und Bereinstage müssen spätestens **Mittwoch 12 Uhr** mittags in der Druckerei **Konkordia A.-G., Bühl**, sein.

II. Wahlkreis. Die Herren Vorsitzenden und Rechner werden hiermit zu den Besprechungen eingeladen, welche stattfinden in: Schopfheim, im Schulhaus, am 29. September, nachm. 2 Uhr; Freiburg, in der Lessingschule, am 2. Oktober, nachm. 2 Uhr.

R. Geiger, Kreisbeirat.
Engen. Pestalozziverein betr. Wegen Abschluß des 2. Rechnungshalbjahres werden die noch rückständigen Mitglieder ersucht, ihre Beiträge bis 1. Oktober an mich einzufenden.

Engen, Lacherstr. 367.

K. König.

Engen. Ich bitte die Dienstgeschäfte führenden Kollegen des Konferenzbezirktes Engen mir bis 30. September auf Postkarte die

Schulkalenderberichtigungen und Bestellungen zugehen zu lassen. (Schülerzahl nach Volks- und Fortbildungsschulen getrennt.)

Wieland.

Engen. Mitglieder, die ihrer Beitragspflicht nicht durch Abbuchung nachkommen, werden gebeten, den Vereinsbeitrag für das 3. Vierteljahr umgehend auf mein Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 393 87 einzubezahlen. Der Rechner: Preißer, Barga.

Freiburg-Land. Die Pestalozzi-Vereinsbeiträge für das zweite Halbjahr sind fällig. Die Mitglieder werden ersucht, die Zahlungen direkt oder auf mein Konto Nr. 38 379 beim Postcheckamt Karlsruhe im Laufe des Monats zu machen.

Der Bezirksrheber: Heizmann.

Heidelberg-Stadt. Mittwoch, 29. Sept., abends 8 Uhr, Plöckschule. I.-D.: 1. Die Methode bei Pestalozzi (Lacroix). 2. Der Artikel der Heidelberger Volkszeitung vom 2. August 1926. „Schulkuriositäten“. 3. Verschiedenes.

Kandern. Die Mitglieder treffen sich am 29. September, nachm. 3 Uhr, auf Schloß Bürgeln zur Besichtigung des Schlosses. Nachher gemüßliches Beisammensein. Frauen mitbringen. Die Nachbarkonferenzen sind freundlichst eingeladen. (Bei schlechtem Wetter findet die nächste Tagung am 2. Oktober in Kandern im Zeichenaal statt.)
Eisele.

Karlsruhe-Stadt. Donnerstag, 30. Sept., nachm. 3 Uhr, wird Herr Oberlehrer Jähringer seine Zählbahn praktisch vorführen in der Turnhalle der Südenschule 1.
K. Beck.

Unterbadißches Treffen in Neckargerach. Samstag, 25. Sept., und Sonntag, 26. Spt., im Schulhaus. I.-D.: Samstag, nachm. 6,30 Uhr, Chorprobe, 8 Uhr Vortrag mit Aussprache; Sonntag, früh 8 Uhr, Morgenfeier; 9 Uhr, Hoerdt: Stefan George; nachm. Aussprache über Musik und Schule. Singen, tanzen. Jedermann ist eingeladen. Anmeldungen und Wünsche wegen Unterkunft und Verpflegung (Jugendherberge oder Gasthaus 1,50 bis 2 M.) bis 20. September an Herrn Seppich, Neckargerach, oder Reiffig, Wieblingen. Abfahrt Lauda 2,24 oder 5,26; Mannheim 12,14 oder 3,30; Bretten 2,55 an 8,49. Heilbronn 12,16 an 1,35. Neckesheim 1,55 bis Mörstelstein 2,45.

III. Kreis Offenburg. Sonntag, den 26. September, findet in Offenburg im „Dreikönig“ nachmittags von 2 Uhr ab eine Besprechung über die Ergebnisse der letzten Vorstandssitzung statt, wozu die Herren Vorsitzenden und die Rechner eingeladen werden. Vollzähliges Erscheinen erwartet
Schüß.

Die vierte
geänderte Auflage
Wilhelm Fronemann
Der Unterricht ohne Lesebuch,
ein schulliterarisches Programm
stelle ich den
Herren Lehrern und den Schülern
bis auf weiteres
unberechnet zur Verfügung.
Die Broschüre enthält auch eine
genaue Stoffeinteilung
für alle Schuljahre und Fächer
(Deutsch- und Sachunterricht)
Köln a. Rh., Badstr. 1. Hermann Schaffstein, Verlag.

Albrecht Thoma

Die Waisenkinder

oder

Die Reise zum Weihnachtsmann

Ein Weihnachtspiel für 6 Personen

Das Stück spielt um 1420 im Neckartal
auf Dauchstein und auf Zwingenberg.

Für Schulaufführungen bestens geeignet!

Dorzugspreis für das Textbuch
und 6 Rollenbücher Mark 2.80

Bühl (Baden).

Konkordia A.-G.

Schweinsköpfe

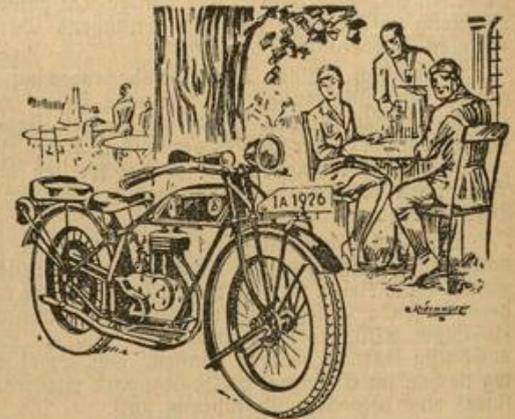
mit dicker durchwachsender
Weislicher Baake

9 Z geräuchert ... M 5.85
9 Z gesalzen ... M 4.95
9 Z Schweinekleinf. ... M 3.85
30 Pfd.-Bahnkübel ... M 11.70
9 Z Eisbeine (Dickb.) ... M 7.10
9 Z Euter-Rauchfl. ... M 5.85

Billiger Käse

Qualitäts-
9 Z gelbe Broden ... M 4.75
9 Z rote Kugeln ... M 4.75
9 Z Tilsiter ... M 7.65
9 Z dän. Edamer ... M 7.90
9 Z dän. Schweizer ... M 9.90
200 St. Harzer Käse ... M 4.40
9 Z Pfäumenmus ... M 4.40

ab Norderdorf — Nachnahme.
CARL RRAM,
Norderdorf (Holst.), 72 c.



Ihr Wochenende

wird erst zum vollen Genuß, wenn damit nicht mehr
zwangsläufig die Vorstellung von Fahrten in sonnen-
durchglühten, überfüllten Wagen verbunden ist. Machen
Sie sich frei von diesen Nachteilen. Kaufen Sie kurz-
entschlossen das in glücklicher Weise absolute Zu-
verlässigkeit, gute Schnelligkeit, billigen Preis und
zeitgemäße Zahlungsbedingungen vereinigende

D-RAD

Für die Herren der badischen Lehrerschaft
besonders günstige Bedingungen.

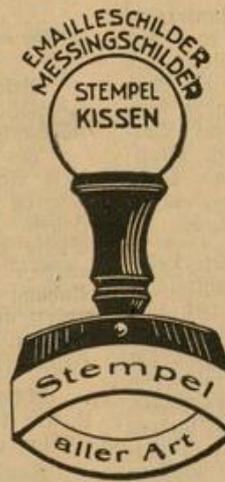
Generalvertretung für Südbaden:

W. Lederle, Freiburg im Br.

G. m. b. H.

Krafffahrzeuge und Reparaturen
Bernhardstr. 6

Telefon 2831



EMAILLESCHILDER
MESSINGSCHILDER
STEMPEL
KISSEN
Stempel
aller Art
liefert
Konkordia A.-G., Bühl.

Lehrmittel-Einkauf ist Vertrauenssache!

Wenden Sie sich in allen Fällen nur an die Konkordia Akt.-Ges., wenn Sie gut beraten und bedient sein wollen.
Großes Lager! Rasche Bedienung!

Ausdrucksgymnastik / Dr. Rudolf Bode, München
Leitung Dr. Hans Frucht

Es finden Kurse einmal in der Woche statt in: **Baden-Baden** ab 6. Oktober, 11 Std., **Freiburg** ab 28. September, Turnhalle des Realgymnasiums, 8-12 Std., **Heidelberg** ab 10. September, Turnhalle der Mädchen-Realschule, 12 Std., **Konstanz** ab 27. September, 12 Std., Auskunft durch Fr. Melanie Lehmann, Belforstr. 11, **Karlsruhe** ab 1. Oktober, Turnhalle der Landesturnanstalt, 12 Std., **Mannheim** ab 28. September, Turnhalle der Diefenbuegelschule, 12 Std., **Worzhelm** ab 27. September, Turnhalle der Hildeschule, 12 Std. Anmeldung und Auskunft am Unterrichtstag im Unterrichtsraum, (siehe auch Anschläge in Buch- und Musikalienhandlungen) Honorar Mk. 1.- pro Stunde und Teilnehmer. Weitere Kurse in anderen Städten können eingerichtet werden. Verlangensliste der Leitung: **Eichenau, Post Puchheim** (Oberbayern)



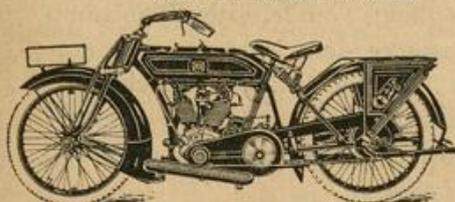
Harmoniums

für Kirche, Schule und Haus, sowie **Pianos** und **Saitenmusikinstrumente** liefere ich in Ia Qualität, preiswert und zu kulantem Bedingungen. Kataloge frei. Vertreter erwünscht.
Friedrich Bongardt, Barmen 59
Mitinh. d. Harmoniumfabrik Bongardt & Herfurth.

Das grosse Los von Rmk. 500 000

hat nicht jeder gewonnen, um ein Motorrad bar kaufen zu können, aber wir ermöglichen es jedem Beamten mit 12 monatlichen Raten à

- Rmk. **60.-** — bei 250.- Rmk. Anzahlung eine 250 ccm „N. S. U.“ Getriebe-Maschine, 6,5 PS, Viertakt, bei Raten mit
- Rmk. **85.-** — bei 300.- Rmk. Anzahlung die 500 ccm „Ardie“ 10 PS, 3 Gänge, Kettenantrieb, automatische Olpumpe, Viertakt und mit monatlichen Raten à
- Rmk. **90.-** — bei 400.- Rmk. Anzahlung die 500 ccm „N. S. U.“ 11 PS, Viertakt-Maschine, 3 Gänge, Hand- und Fusskupplung und auswechselbaren Rädern zu kaufen.



Ausser den günstigen Zahlungsbedingungen bieten wir noch weitere Vorteile und bitten Sie, sich dieshalb ein Angebot anzufordern bei dem

Motorrad-Einkaufverein Badischer Beamter
Plankstadt (Baden).

Schüler-Violen

Ganze Garnituren, gebleien und preiswert. **Violinen, Cello** für Haus und Orchester. Saubere Arbeit, großer Ton. **Vogen, Kästen, Saiten, alle Bestandteile, Zupfinstrumente.** Bundtreueheit gemahleitet.
Preisliste frei. Lehrer erh. Rabatt. Zahlungsfristsetzung.
Wilhelm Herwig, Markneukirchen 410
gegründet 1889.

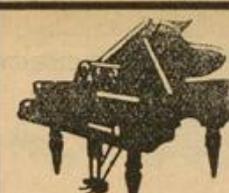


Hühner

junge, beste Legaffen, reell u. billig. Katalog frei.
Hefner, Geflügelpark
Hainstadt 111 (Baden).

Kugelkäse

rot, beste, keine 2. Sorte. 1/4 Kgl. = 9 Pfd. Mk. 5.30 Nachh. 200 feinst. Harzer Mk. 4.40
R. Seibold, Norderf (Hft.) 19/22



Pianos * Flügel

von Ibach, Steinway, Schiedmayer, Uebel & Lechleiter, Zimmermann
Für Lehrer günstige Zahlungsbedingungen.
Kataloge bitte kostenlos verlangen.

H. Maurer, Karlsruhe, Kaiserstrasse 176, Eckhaus Hirschstr.
Die Firma hat keine Reisenden und Filialen!

Pr. Süddeutsche
Staatslotterie
bei einer Gesamtgewinnhöhe von über
53 Millionen
ber. auf 1 Doppellos 9 des amtlichen Planes!
2 Millionen
ber. auf 1/4 S. 9!
1 Million
1/2 Million 4 mal
Preis für pro Klasse 3-6-12-24-48-RM.
5 Klassen 15-30-60-120-240-RM.
Porto u. Listen zus. 1.50 M.
Ziehung 1. Klasse 15/10. Oktober
St. Staatl. Lotterie-Einnehmer
Sturmer Mannheim
O. F. 11.
Postscheck. Karlsruhe 17043.

HINKEL
Zimmer-Schul-Kirchen-Konzert-Orchester-Tropen-Kunst-Harmoniums
Ernst Hinkel, Harmoniumfabrik
Ulm a. D. — gegr. 1880
Vertreter
an allen größeren Plätzen.

Welcher evang. **Unterlehrer(in)** von Freiburg oder dessen nächster Umgebung kauft nach Mannheim (Sonderklasse).
Aufschriften unter Sch. 3701 an die Konkordia A.-G., Bülh (Bad.).

Honig Bienen-Schleuder-gart. rein
beste Qual., 10 Pfd. + Dose 10.50 M., Klee- u. Lindenblüte 12 M., halbe 6 M. u. 7 M. franko, Nachh. 50 Pfg. mehr. **W. Krieger, Honigwerf, Nietberg 79** i. Weiss.

Bülow-Pianos
neue und gebrauchte
erstklassig, elegant und für die Herren **Lehrer äusserst billig** — auch bei Teilzahlung und freier Lieferung. — Preisliste frei. Tausende Referenzen.
Fr. Siering, Mannheim
C 7, Nr. 6. — Keln Laden.

Schuster & Co.
Markneukirchen 145
Kronen-Instrumente und Saiten.
— Preisliste frei. — Rabatt für Lehrer.
Teilzahlungen zugelassen

Harmonium,
nur best erhalten, kauft im Auftrag
Wettenmann, Hauptl., Oedsbach b. Oberkirch
Zahlungserleichterung — ohne Aufschlag —
Herren-Stoffe nach Maß
evtl. Maße einsenden.
Günstiger Einkauf und kleine Spesen ermöglichen mir obige Vorteile.
August Wilhelm Pforzheim, Westl. 23
Tel. 2525 Kein Laden
Klein- und Großverkauf.

Rheinwein
Ia Qualität
off. von 80 Pfg. an p. Fl.
S. Schork, Lehrer a. D. Mommheim
bei Nierstein a. Rh.
Näheres durch Liste.

Anzugstoff-Zufallskauf
erstklassiges Fabrikat, erprobte Garantiequalität, nadelfertig, 148 cm breit, in nur 3 soliden Mustern meterweise abgebbar. Preis M. 11.70
Verlangen Sie kostenlos Proben.
Alfred Unger
Berlin W. 5
Pragerstr. 15

Pianos-Harmoniums zu günstigen Preisen und Bedingungen. Eugen Pfeiffer

Nur altbewährte Qualitäts-Fabrikate! Franko Lieferung. **Heidelberg** Gegr. 1865 **Hauptstr. 44**

Bei Einkäufen beziehen Sie sich bitte auf die Anzeigen in der Schulzeitung.

V. BERDUX

Meisterwerke deutscher Klavierbaukunst

Gegründet 1871

Die dominierende Stelle, welche die Berdux-Instrumente unter den ersten Fabrikaten der deutschen Pianoforte-Industrie einnehmen, verdanken sie hauptsächlich der Tatsache, daß V. Berdux als Erster in Deutschland die physikalisch-wissenschaftlichen Errungenschaften in der Praxis des Klavierbaues angewendet hat. Nicht nur auf rein akustischem, sondern auch auf dem statischen Gebiet zeichnen sich die Berdux-Flügel und -Pianos vor anderen Fabrikaten aus. Da bei dem modernen dreichörigen, kreuzsaitigen Klavier die mittlere Saitenspannung ca. 25000 kg beträgt, muß, um eine Stimmhaltung zu ermöglichen, die Eisenplatte im Instrument vollkommen im statischen Gleichgewicht stehen. Die mit Panzerstimmstock versehenen Eisenplatten der Firma Berdux sind derart konstruiert, daß eine 5 bis 7 fache Sicherheit gegen Bruch und Durchbiegung gewährleistet ist. Diese Konstruktion ist durch Reichspatent gesetzlich geschützt; sie bedingt die den Berdux-Instrumenten typische Stimmhaltung. Jedes Instrument wird mit einem nach allen Seiten hin gewölbten Resonanzboden gebaut, wodurch die Erhaltung der Klangfarbe, Tonfülle und Schwingungsfähigkeit erreicht wird. Dem gesangreichen, biegsamen Ton steht eine mit größter Präzision eingebaute Repetitionsmechanik zur Seite, die es dem Spieler ermöglicht, vom leisesten Pianissimo bis zum stärksten Fortissimo jede Nuance von Anschlag und Tonstärke dem Instrument zu entlocken. Einer der Hauptvorteile der Berdux-Flügel und -Pianos liegt darin, daß sie noch nach Jahrzehnten ihren schönen, ausgeglichenen Ton behalten, was alle Besitzer, selbst der ältesten Instrumente immer lobend bestätigen. Langjähr. schriftl. Garantie wird auf jedes Instrument gegeben.

Besonders günstige Zahlungsbedingungen!

Pianohaus Karl Lang

Deutschlands größtes Pianohaus

Karlsruhe

Kaiserstraße 167 (Salamander-Schuhhaus). Telefon 1073

Nürnberg

Karlstraße 19

München

Theatinerstraße 46

Augsburg

Eiermarkt (Börse)

Würzburg

Markt 13

Straubing

Simonhöllestraße 8

Nördlingen

beim Rathaus